

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 3 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegraphische Adressen:
Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 297.

Freitag, den 22. Januar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Verlagskonto: Berlin 27 234 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Handwerker und Beamten, Wallstr. 45.

Anzeigenpreis:
Die einfache Zeile 10 Pfennig...

Einzelnen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Bauverlag Berlin SW. 68, Linden-
straße 3, abgeben werden.

Und dann die Generale...

Sie fürchten die Bekanntgabe ihrer Pensionsansprüche.

Der Reichstag hat am 15. Dezember einen Antrag der
sozialdemokratischen Fraktion angenommen...

Diese Entschliessung des Reichstags, die sogar mit
Zustimmung der Deutschnationalen erfolgt ist...

Durch diesen Antrag werden die in 35- bis 40jähriger Dienst-
zeit erbielten Pensionen hoher Offiziere...

Da der sozialdemokratische Antrag sich in keiner Weise
darauf beschränkt, nur die Pensionsansprüche der parla-
mentarischen Minister...

Es wäre wünschenswert, wenn die geforderte Uebersicht
noch nach einer Richtung hin ergänzt würde...

Mahraun und die 'nationalen' Franzosen.

Nationale Wirtschaftshuberei.

Endlich fühlt sich der 'Hochmeister' des Jungdeutschen
Ordens veranlaßt, durch sein Berliner Blatt seiner eigenen
Befolgenschaft...

Industrielles militärisches und politisches Bündnis zwischen
Frankreich und Deutschland...

Neuregelung der deutsch-polnischen Grenze, insbesondere Rück-
gabe des Danziger Korridors an Deutschland...

Gleichberechtigung der Deutschen in Polen, dagegen Sicher-
stellung Polens durch das französisch-deutsche Bündnis.

Der Dawes-Plan bleibt fortbestehen. Änderungen
dieses Planes, soweit sie sich auf Frankreich und Deutschland beziehen...

Man wird zugeben, daß dieses Programm der 'national-
deutsch-französischen Verständigung' ein reichliches Durch-
einander darstellt...

Entweder haben sich Mahraun und sein Gefährte Borne-
mann wirklich eingebildet, daß die Franzosen, mit denen sie
sprachen, einflußreiche Leute seien...

Gefehls begeben. Denn es liegt auf der Hand, daß die
'nationalen' Franzosen ein großes Interesse daran
haben zu erfahren...

Den Kern der ganzen Verhandlungen erzählt man aber
erst aus den beifälligen Bemerkungen Mahrauns. Er
sagt nämlich, daß 'die starke bolschewistischenfreund-
liche Propaganda in nationalen Kreisen' ihn
gezwungen habe...

Augenscheinlich wollen die 'nationalen' Franzosen das
Militärbündnis mit Deutschland zu dem Zweck einer
Auseinandersetzung mit Sowjetrußland zu
verwenden...

Die Behauptung, er habe auch über die Errichtung
einer deutschen Diktatur verhandelt, weist Mahraun
entkräftet von sich...

Auf jeden Fall aber ist es ein gefährlicher Unfug,
wenn sich Bernegroße von diesseits und jenseits der
Grenzen darauf einlassen...

Erste Sitzung des neuen Kabinetts.

Das Reichskabinett trat gestern nachmittags 5.30 Uhr zu
seiner ersten Sitzung zusammen. Nach Verlesung der Reichs-
minister Dr. Müller, Dr. Curtius und Dr. Reinhold, die bisher
noch nicht im Reichsdienst tätig gewesen sind...

Russische Spionensucht.

Deutsche Konsularbeamte verhaftet!

Hamburger Blätter berichten, daß im Dezember v. J. der Kauf-
mann Cornehljen, Konsularagent in Batum, und der Kauf-
mann Schmitz, Konsularagent in Poti, sowie die Reichsangehörigen
Ed in Batu und Bogelen in Batum verhaftet worden seien.

Korruption durch Unternehmer.

Der Fall Behrens und Meyer.

Von Richard Seidel.

Als Herr v. Borfig vor mehr denn Jahresfrist in
Borträgen, Artikeln und Broschüren das sozialpolitische Pro-
gramm der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände
entwickelte...

Dr. Meißinger, bekannt als erfolgreicher Verfasser
von Aktiennotizen, gab bald einige Aufklärung über diese Frage.
Im 'Arbeitgeber' setzte er auseinander, daß die Anerkennung
der Gewerkschaften...

Prüft man, welche Organisationsrichtungen seit 1918
gegangen und gekommen sind, so lautet der Befund: Die
Gewerkschaften. Sie sind gegangen, weil sich das Unternehmertum
1918 im Novemberabkommen verpflichtete...

Trotz dieser Erläuterungen Meißingers zu den Program-
men v. Borfigs blieben diese Pläne rätselhaft und dunkel.
Denn wie konnten die Herren annehmen, daß dieser Weg
gangbar sein und zum Ziele führen könnte?

Inzwischen hat sich gezeigt, daß die Führung der Unter-
nehmerverbände zunächst den Weg der Korruption
räftig zu beschreiten begann. Die eigenartigen 'Propaganda-
methoden' eines Dritten im Bunde, des Syndikus von Jengen,
die v. Borfig bekannt waren...

Die christlichen Gewerkschaften haben zu erkennen gegeben,
daß sie die Methoden der beiden 'Führer' des christlichen
Landarbeiterverbandes, Behrens und Meyer, mißbilligen.

Aber nicht nur der Gesamtverband christlicher Gewerks-
chaften ist von den Behrens und Meyer und den Unternehmern
und Unternehmerführern, welche die hier in Frage stehenden
Formen des Umganges mit Organisationen der Arbeiterschaft
pflegen, abgerückt...

Stellung gegen alle Beteiligten genommen. Jetzt fiel in diesem Zusammenhang das Wort Korruption, und zwar gegen beide Teile. Jetzt wurde sogar vor allem den Unternehmern von völlig neutraler, ja sogar von unternehmerfreundlicher Seite gesagt, daß diese Mittel schmutzig und unvereinbar seien mit einer auch gegen den Gegner aufrichtigen Interessenvertretung der Unternehmer und daß sie zerstörend wirken müssen auf das Vertragsverhältnis zwischen den beiden großen Kollektivparieten des Arbeitsverhältnisses, das sich am Verhandlungstische immer wieder erneuern muß und in den Tarifverträgen seinen Ausdruck findet.

Das Bekanntwerden dieser Dinge dürfte Dr. Reichinger das mit den Weiden geplante Geschäft, das er im „Arbeitgeber“ so diskret angebeutelt hat, ein wenig verdorben haben. Damit ist offenbar geworden, was sich hinter der Absicht, das „Monopol bestimmter Gewerkschaften“ zu zerstören, verbirgt. Der Boden, auf dem Reichinger eine „Arbeitsgemeinschaft“ zu errichten gedachte, hat sich als sumpfig erwiesen. Auf dem gleichen Grunde aber ruht auch die von den Unternehmerführern verkündete Idee der sogenannten Wertgemeinschaft, denn auch sie läuft nur darauf hinaus, gelben, von den Unternehmern eigens für diesen Zweck geschaffenen Wertvereinigungen einen Einfluß beim Abschluß kollektiver Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen zu geben, auch sie hat den Zweck, das „Monopol bestimmter Gewerkschaften“ zu zerstören. Die Motive, die der Propaganda für die Wertgemeinschaft zugrunde liegen, gehören gleichfalls in den Kreis der Erscheinungen, die von der ganzen Öffentlichkeit als korrupt erkannt worden sind.

Angeichts solcher aufstrebenden Wirkungen der Affäre Behrens und Meyer und der verwandten Erscheinungen ist man im Zweifel, ob man den intellektuellen Urheber dieser Zustände, den Herren von der Leitung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, böse oder dankbar sein soll. Wir neigen fast zu einer gewissen Dankbarkeit, denn daß dieses Exempel weite Kreise zu der Einsicht gebracht hat, daß der Versuch, die Arbeiterschaft mit Judasgeldern zu korrumpieren, schmutzig und ein einer Unternehmernorganisation unwürdiges Mittel zur Bekämpfung der Gewerkschaften ist — das ist immerhin ein Gewinn, den zu buchen sich lohnt.

Bayern und die Wittelsbacher.

Staatsrechtliche Fragen im Rechtsausschuß.

In der Nachmittagsitzung des Rechtsausschusses legte der bayerische Regierungsvertreter Dr. Neumayer ausführlich dar, in welcher Weise der Abfindungsvertrag zwischen Bayern und den Wittelsbachiern geschlossen worden ist. Dabei wies er besonders darauf hin, daß die Tatsache, daß der Grund und Boden im Grundbuch als Staatseigentum eingetragen war, nach den erstatteten Gutachten noch nicht beweise, daß es sich wirklich um unbedingtes Eigentum des Staates handele. Die Wittelsbacher hätten ein Recht auf diesen Grund und Boden gehabt, außerdem sei anzuerkennen, daß sie die wertvollsten Kunstsammlungen dem Staat überlassen hätten. Die an die Wittelsbacher fallenden Werte seien zum größten Teil vom Standpunkte einer „ängstlichen Werthschätzung“ aus nicht zu schätzen. Als „Gegenleistung“ hätten die Wittelsbacher rund 10 000 Hektar Land erhalten, wovon 2200 Hektar landwirtschaftlicher Boden und der Rest Wald sei. Ueber den privaten Fürstentum und seine Größe Rechenschaft geben zu lassen, bestände keine Möglichkeit. (1) von Richthofen (Dem.): Herr v. Preger hat heute morgen gesagt, daß die bayerische Regierung nicht in der Lage sei, eine Verpflichtung zur Auszustellung gegenüber dem Reichstage anzuerkennen. Wenn er auch trotzdem Auskunft gegeben habe, so müsse man doch gegen die Ausführungen des bayerischen Vertreters Verwahrung einlegen. Sie würden zu einer Cahmlegung der gesamten deutschen Gesetzgebung führen.

Die meisten im Reichstage zu behandelnden Materialien könnten doch nur auf Grund von Auskünften über die inneren Verhältnisse der einzelnen Länder geregelt werden.

Bayerischer Gesandter v. Preger: Auf welche Bestimmungen der Reichsverfassung stützt Herr v. Richthofen das Recht des Reichstages auf Auszustellung?

Abg. Candsberg: Es kommt nicht auf den Wortlaut der Verfassung, sondern auf den Geist an. Wenn der Reichstag das Recht hat, die Verfassung zu ändern, muß er sich auch von den Ländern das Material zur Prüfung der Frage verschaffen, ob eine Verfassungsänderung angebracht ist. Ich könnte fragen: auf welche Verfassungsbekanntmachung stützen sich manche Ansprüche, welche in der berühmten bayerischen Denkschrift erhoben worden sind? Es handelt sich um eine grundsätzliche Frage, und deshalb müssen alle Fraktionen gegen die bayerische Auffassung Stellung nehmen. Was hätten die Deutschnationalen gesagt, wenn Herr v. Preger eine solche Auskunft gegeben hätte, damals als er noch die von Eisner geleitete Regierung vertrat? Wenn alle deutschen Länder sich auf denselben Standpunkt stellen würden, wie die bayerische Regierung, dann würde unser Gesetzgebungswerk ganz unmöglich werden. Die bayerische Regierung sollte ihre Auffassung revidieren.

Abg. Dell (Ztr.): Sämtliche Länder haben dem Rechtsausschuß die verlangte Auskunft gegeben. Auch die bayerische Regierung hat die gewünschten Mitteilungen gemacht. Wir haben deshalb keine Veranlassung, jetzt diese theoretische Doktorfrage zu erörtern.

Neuhauer (Komm.): Es handelt sich nicht um eine Doktorfrage, man müsse daher den Auffassungen der bayerischen Regierung entgegenreten.

Vors. Kohl: Tatsächlich haben wir von der bayerischen Regierung jede verlangte Auskunft erhalten. Wir können uns deshalb die Erörterung der Rechtsfrage für die spätere Erörterung vorbehalten.

Dr. Rosenfeld: Das Verhalten der Wittelsbacher gegenüber dem bayerischen Volke ist durchaus nicht entgegenkommend. Dies ergibt sich schon daraus, daß die Wittelsbacher Eigentum an Ländereien erhalten o's deren Eigentümer der Staat im Grundbuch eingetragen ist. Es ist doch kein Entgegenkommen, daß man die Kunstsammlungen in München beläßt. Ein Sturm wäre losgegangen, wenn die Wittelsbacher versucht hätten, die Kunstsammlungen aus München zu entfernen?

Der Staat in den Wittelsbachiern sehr entgegenkommend. So konstant verfährt er nicht immer. Die Rente der Witwe des ermordeten Ministerpräsidenten Eisner hat der bayerische Staat ruhig durch die Instanz entwerthen lassen.

Bedenkt der bayerische Staat wirklich nichts zu tun, um den Ansprüchen der Witwe Eisners Genüge zu tun?

Dr. Neumayer: Der Auffassung, daß die Wittelsbacher zu gut weggekommen seien, muß ich entgegenreten. Die Beurteilung dieser Frage hängt von der Parteilichkeit des einzelnen Abgeordneten ab. Die Grundbucheinträge sind nicht unantastbar und schafft nicht ein für alle Male Recht.

Dr. Rosenfeld: Sonst schafft die Grundbucheinträge Recht. Den Wittelsbachiern gegenüber soll es anders sein! Ich konstatiere, bezüglich der Ansprüche der Witwe Eisners gibt die bayerische Regierung keine Antwort.

Dr. Neumayer: Ich habe keinen Auftrag hierzu, ich habe nur vom Haupte Wittelsbacher zu sprechen.

Dr. Rosenfeld: Sie haben auch vom Staate Bayern gesprochen. Ich darf wohl hoffen, daß der bayerische Staat nunmehr auch gegenüber der Witwe Eisners seine Pflicht erfüllt.

Dr. Neumayer: Ich muß diese Schlussfolgerung ablehnen. Ich konnte nicht voraussehen, daß eine solche Frage gestellt würde.

Dr. Rosenfeld: Das mag richtig sein. Ich frage aber, ob die bayerische Regierung bereit ist, in der nächsten Sitzung meine Frage zu beantworten?

Die Vertreter der bayerischen Regierung schweigen. Darauf wird die Sitzung auf nächsten Dienstag vertagt.

Die Spritschiebungen.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages an der Arbeit.

Die finanzielle Unergebnigkeit des Branntweinmonopols, verursacht durch die erheblichen Mißstände in der Organisation des Monopols, sowie durch die Schiebungen und das Schwarzbrennen von Branntwein haben den Reichstag veranlaßt, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Unter dem Vorsitz des Abg. Höllein trat er am 21. Januar zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Berichterstatter wurde der Abg. Diez (Ztr.) gewählt.

In der Aussprache über den Arbeitsplan beschäftigte man sich auch mit der Tatsache, daß Mitglieder des Untersuchungsausschusses zugleich Mitglieder des Beirats des Monopols sind, gegen deren Interessenwirtschaft in einer Denkschrift der Reichsregierung schwere Vorwürfe erhoben werden. Der Ausschuß will in einem späteren

Stadium entscheiden, wie weit Mitglieder des Beirats Sitz und Stimme im Ausschuß haben sollen.

Ministerialdirektor Ernst gab eine Darstellung über die Maßnahmen, die zur Abstellung der Mißstände bereits ergriffen sind. Entscheidendes könne jedoch erst erfolgen durch eine Aenderung des Monopolgesetzes. Der Entwurf eines neuen Gesetzes sei im Reichsfinanzministerium fertiggestellt und werde in den nächsten Monaten den gesetzgebenden Körperschaften zugehen. Der Ausschuß beschloß, in der nächsten Woche Berichte über den Aufbau und Geschäftsstand des Branntweinmonopols entgegenzunehmen und daran anschließend die Schädigungen durch Schwarz- und Geheimbrennereien sowie durch Spritschiebungen festzustellen.

Durch diese Biederung der Arbeiten soll erreicht werden, daß die Arbeiten des Untersuchungsausschusses zugleich Vorkarbeiten für die neue gesetzliche Regelung des Branntweinmonopols darstellen.

Russische Diskussionsfreiheit.

Kommunisten verhaften Kommunisten.

Der russische kommunistische Parteitag ist zu Ende. Aber eine Erörterung der dort behandelten Fragen ist verboten. Alle Sowjetblätter sind mit Artikeln überfüllt, die die Opposition brandmarken; eine Protestresolution nach der anderen wird gegen sie veröffentlicht; die Führer der Parteinheitlichkeit begeben sich scharenweise zur Agitation nach Petersburg, unbekümmert darum, daß der Opposition buchstäblich der Mund geschlossen ist. Das sind so die Sitten in der kommunistischen Organisation, sowohl bei den Anhängern Stalins wie bei denen Sinowjews.

Jedem westeuropäischen Arbeiter wird die barbarische Art, in der die kommunistischen Gruppen untereinander kämpfen, direkt unglücklich erscheinen. Zur Charakteristik dieser Kampfrart führen wir wortgetreu die Korrespondenz eines Arbeiters an, die in der Leningrader „Pravda“ vom 8. Januar abgedruckt ist. In dieser Korrespondenz heißt es unter der Überschrift „Wie ich auf den roten Putilow-Werken unter Arrest kam“ wie folgt:

Ich arbeitete früher auf den Putilow-Werken und beabsichtigte eines Tages, alle kommunistischen Genossen zu besuchen und sie danach zu fragen, warum sie bisher die Opposition unterstützen. Ich komme in die Ziegel- und Schmiedewerkstatt und treffe dort den Organisator des kommunistischen Kollektivs Karberg. Er packt mich am Arm: „Komm mit mir ins Bureau des Betriebskollektivs.“ Ich sagte ihm, daß er sich fürchtete möge.

Ich blieb allein, aber nur für kurze Zeit. Kaum hatten die Arbeiter verstanden, mir zu sagen, daß im Betriebe jeder beschützt werde, wer nicht die Opposition unterstütze; selbst wenn die Arbeiter austreten, werden sie von Spionen verfolgt. Bählich sah ich, daß allerhand Leute um mich herum wimmelten. Die Genossen wußten schon, was das bedeutete, und sagten: „Na, gleich werden sie gegen dich losgehen, mach dich fort!“

Ich lief in die Kanonewerkstatt. Auch dort konnte ich nur kurze Zeit bleiben. Dann lief ich in die Waggonabteilung. Kaum hatte ich ein paar Worte gesprochen, als die Arbeiter mir zuriefen: „Man hat dich bemerkt, es sind Leute zum Sekretär des Kollektivs gegangen, damit man dich festhalten soll.“ Es war da nichts mehr zu machen. Ich verließ die Fabrik, aber kaum hatte ich die Haltestelle der Straßenbahn erreicht, als ich sah, daß die Wächter hinter mir herliefen und schrien: „Halte ihn, halte ihn!“

Man verhaftete mich und brachte mich in das Bureau des Chefs der Fabrikwoche Ritschorow. Er ging mit Drohungen gegen mich los. „Du verfluchter Kerl, wie hast du es gewagt, in die Fabrik zu kommen. Ich werde dich wegen Verbreitung falscher Gerüchte zur Verantwortung ziehen.“ Man verhaftete mich und entließ mich erst nach einer halben Stunde.

Später erzählten mir die Genossen, daß nach meinem Fortgang aus der Schmiedewerkstatt eine ganze Horde von Fabrikwächtern dorthin kam, um mich zu suchen. Sie suchten mich überall, unter dem Dampfhammer, während die Arbeiter lachend sagten: „Sucht ihn doch. Holt doch noch einen Polzeihund.“

Michailow. So sorgfältig beschützt eine Gruppe der Kommunisten die Arbeiter in den Betrieben vor dem schädlichen Einfluß einer anderen kommunistischen Gruppe. Wie viele heldenhafte Opfer, wie viele Anstrengungen erfordert unter diesen Umständen die politische Aufklärungsarbeit der russischen Sozialdemokraten!

Leibrenten und Bettzinsen.

Von Rastignac.

Ist es nicht die beste aller möglichen Welten, in der wir leben? So hat es das glückliche Schicksal weise eingerichtet, daß die Fürsten der Länder durch überreichlichen Lebensgenuß, durch den hermetischen Abschluß gegen die rauhe Luft der übrigen, gewöhnlichen Welt und schließlich durch eifrige Anzucht an Leib und Geist etwas Degeneres geworden sind. Zu unserem Glück hat der Fürst von Mecklenburg-Strelitz nur noch zwei Mätressen hinterlassen, die heute von den Groschen der armen Steuerzahler unterhalten werden wollen.

Sie verlangen lediglich die Comtesse de Mazzena, die eine geborene Kuliade oder Schulze mit einem Lebenswandel aus Berlin ist, und die Gräfin Bubna de Vit pro Kopf die Kleinigkeit von 20 000 Mark im Jahr. Zu ihrem allerniedrigsten Unterhalt! — Man bedene den Schreckensprozeß, wenn der selbige Herzog von Mecklenburg-Strelitz die Ansprüche und Kräfte des Herrn August von Sachsen, den man den Starcken nannte, besessen hätte; wenn das gewesene Fräulein Kuliade oder Schulze und ihre zahlreichen Schweftern — was in unserer Republik nicht unmöglich ist — dann ihren Prozeß gewinnen! Die Einkünfte des Staates und die Arbeitsleistung seiner gesamten Bevölkerung würden vielleicht gerade hinreichen, um die pikanten Vermächtnisse eines potenten Potentaten an seine Schlafgenossinnen und deren Sprößlinge zu bezahlen.

Gottlob, daß der selbige Strelitz kein „Solcher“ gewesen ist! Es ist schwer, keine Satire zu schreiben!

Denkbar ist allenfalls, daß ein Volk die diskreten Vergnügungen eines mehr oder weniger selbstherrlichen Fürsten bezahle, um den gefährlichen Herrn bei einigermaßen guter Laune zu halten. Aber es wird ein ewiger Witz der Weltgeschichte bleiben, daß man im Jahre 8 der deutschen Republik gezwungen hat, für die verblichenen Amusements eines toten Fürsten Ministerpräsidentengehälter zu fordern.

Napoleon erwiderte auf ein Pensionsgesuch, in dem ein Wittelsker argumentierte, daß er vor allen Dingen doch leben müsse: „Ich sehe keine Notwendigkeit, daß Sie leben.“ — Die deutsche Republik möge die Leute leben lassen. Fürsten und ihre Mätressen wie andere Erwerbslose. Es soll niemand verhungern in dieser Republik (theoretisch nämlich). Aber solange die Einkünfte der arbeitslosen Fürsten mehr als für Brot und Hering reichen (was man von der Entschädigung gewöhnlicher Arbeitslosen und durch den Krieg enteigneter Bürger nicht sagen kann), sollten die Fürsten einmal den „Adel des Blutes“ und die „Werte der Tradition“ ohne die Stütze republikanischen Geldes erweisen.

Es wird den „Edelsten des Volkes“ gut tun, sich legitim und arbeitend unter ihr geliebtes Volk zu mischen, was früher nur auf

dem Weg der Grotik und bei Nacht und zudem illegitim geschah. Hier ist freie Bahn für den Tüchtigen!

Von den Richtern der deutschen Republik ist nach vielen Proben nicht die natürliche und gesunde Einstellung zu erwarten. Und wer weiß, wie der Volksentscheid, sofern er zustande kommt, durch kitschig sentimentale Tanten- und Ministeranwärterromantik verbogen werden wird.

Die Geschichte aber wird künftigen Generationen zu ewigem Gaudium die Akten des Prozesses aufbewahren, den die Maggenau und die Bubna im Jahre 1926 um ihr Bettgeld mit dem deutschen Volk geführt haben.

Ein Drama Shaws für den Rundfunk. Shaw, der sonst die Verbreitung seiner Stücke durch den Rundfunk nicht gestattet, hat durch den Londoner Sender eine Groteste ausführen lassen, die großen Erfolg hatte. Er rechtfertigte diese Ausnahme damit, daß dieser besondere Typ von Blödsinn nicht als ein ernsthafter Beitrag zur Literatur betrachtet werden könne. Das Stück heißt: „Leiden, Schick, Gift und Verkeinerung“ und nimmt auf die Besonderheiten der Rundfunkübertragung Rücksicht. Wenn die Heldin Lady Magnesia von ihrer Jungfer gefragt wird: „Warum ziehen Sie sich nicht aus und geben zu Bett, gnädige Frau?“ dann antwortet sie in Verzweiflung: „Wie kann ich denn, Ehyllis, bei all den vielen Menschen, die zuhören?“ Das Stück, das 30 Minuten dauert, ist ein Wirbelwind von unerwarteten Vorgängen und grotesken Verwicklungen. Es schildert die Tragödie eines Liebhabers, den der eifersüchtige Ehemann vermisst. Der sterbende Adolphus schreit nach Gips als Gegengift. Die Gipsbüste der Heldin, seiner Geliebten, wird in Selterwasser aufgelöst, und der Bergjäger verschluckt diese Lösung, worauf er anzuschwellen beginnt. „Ist es ein Mensch oder eine Statue?“ schreit entsetzt die Heldin; das Unermeßliche geschieht, und mit einem anderen Ausschrei ruft sie: „Der Gips hat sich innen festgesetzt.“ Der Liebhaber verstirbt zur Statue. Nach diesem Höhepunkt bricht ein Gewitter aus, der Donner rollt, während der herbeigeholte Arzt, Polizist und Hauswirt ihre Erregung über den Vorfall äußern, und der Vorhang fällt, während Lady Magnesia und ihr Gatte die Statue des Liebhabers in der Ecke des Zimmers aufstellen. Die Uebertragung gelang glänzend. Jedes Wort war zu hören, und besonders dramatisch wirkten das Rollen des Donners, das Stöhnen des Sterbenden, die Schreie der entsetzten Heldin, das Einschlagen des Blizes, die Pfeife des Schutzherrn; ja sogar das Brausen der geöffneten Selterflaschen wurde gehört.

Neue deutsche Briefmarken. Nachdem die augenblicklich in Deutschland noch im Umlauf befindlichen fünf verschiedenen Arten von Postwertzeichen (mit Adler, der Ziffer und den Bildern des Rheinlandes, des Generalpostmeisters von Stephan und anderen aktuellen Bildern) ausgedraucht sein werden, beabsichtigt die Reichspostverwaltung im kommenden Sommer die Herausgabe neuer Briefmarken. Dabei werden zum Teil die bisher üblichen Farben geändert werden müssen, da auch wieder Briefmarken zu 15 und 25 Pf. für Postkarten und Briefe nach dem Ausland hergestellt werden sollen, die nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages rot und blau sein, also die Farbe der bisherigen 10-Pf.- und 20-Pf.-Marken haben müssen.

Ein Beethoven-Preis. Im Haushaltsentwurf des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1926 ist beim Kapitel der Kunstverwaltung eine wichtige Neuerung für die Musikpflege vorgesehen. Anlässlich des 100. Todestages Ludwig van Beethovens, der im März 1927 vom deutschen Volk gefeiert werden wird, ist ein Staatspreis geschaffen worden, der in Höhe von 10 000 Mark alljährlich an hervorragend begabte jüngere oder anerkannte ältere Komponisten verliehen werden soll. Der Präsident und der Senat der Akademie der Künste sind vom Kultusminister gebeten worden, die Satzungen auszuarbeiten und Vorschläge für ein Kuratorium zu machen, dem auch Angehörige der Berufsverbände der Komponisten angehören sollen. Der Beethoven-Preis steht auf dem Etat der Akademie der Künste; er wird zum erstenmal am 26. März 1927 verliehen werden.

Die Einziehung dieses Preises ist aufs Lebhafteste zu begrüßen. Zeigt sie doch, daß die Republik vom alten Regime lang verläumt Pflichten nachholt und dem Staat aktive Anteilnahme an der Kunstpflege zuweist. Es kommt natürlich alles darauf an, daß die richtige Methode der Auswahl getroffen wird, damit der Preis wirklich Förderung künstlerischen Schaffens und keine Belohnung für erreichte Altersjahre und erlangte Würden bedeute; aber auch anerkannte Komponisten, wie etwa Rich. Strauß usw., bedürfen keiner Preise mehr.

Eine Einheitslokomotive der Reichsbahn. Die Firma Borsig, deren 12 000 Lokomotive kürzlich von der Reichsbahn übernommen wurde, spezialisiert sich jetzt auf wenige Einheitslokomotiven, unter denen besonders der Schnellzugstyp hervorsticht. Diese neue Einheitslokomotive hat, wie in „Reclams Universalium“ hervorgehoben wird, eine erheblich größere Leistung als bei der früheren Bauart möglich war. Die Triebräder von 2 Meter Durchmesser gewährleisten eine Geschwindigkeit von 120 Kilometern pro Stunde, Windleitbleche sehen den Luftwiderstand auf ein Minimum herab; das Gewicht beträgt 108 Tonnen.

Die neue Talsperre in Nubien. Lord Lloyd, Oberkommissar für Ägypten, hat Donnerstag den neuen Ratwardamm eingeweiht, der das Tal des Blauen Nils sperrt. Die durch diese Talsperre ermöglichte Bewässerung wird eine Fläche von 120 000 Hektar fruchtbar machen, auf der Baumwolle und Getreide gebaut werden sollen. Der Damm ist eines der größten Werke der Technik der Welt. Die Arbeiten wurden im Spätherbst 1913 begonnen, aber der Krieg hinderte ihr Fortschreiten, und erst im Jahre 1920 konnte der Bau größere Fortschritte machen. An dem Bau waren mehr als 2000 eingeborene Arbeiter beschäftigt. Zuerst dem Damm wurde eine neue Eisenbahnlinie von Matruh nach Kallala nahe der ägyptischen Grenze gebaut. Ueber diese Linie wird die erzeugte Baumwolle bis zum Hafen von Port Sudan, dem neuen Ausfahrhafen am Roten Meer, gebracht.

In der Städtischen Oper hat Lotte Schöne, die Koloratursoubrette von der Wiener Staatsoper, ihr Engagement angetreten. Sie tritt als Adels in der „Niedermaus“ auf.

Prof. Geigel, der Empfänger des Nobelpreises für Medizin im Jahre 1906, ist in Paris gestorben. Geigel hat sich durch seine Forschungen über die Malaria und das menschliche Kreislaufsystem einen Namen gemacht.

Bethlen Mitwisser?

Ein schwerwiegender Brief.

Wien, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Folgende Sensationelle Enthüllung, für die eine direkte Bestätigung noch nicht zu beschaffen ist, die aber nach allem sonstigen Beurteilungsmaterial große Wahrscheinlichkeit für sich hat, veröffentlicht der „Abend“: Eigenhändig hat Ministerpräsident Graf Bethlen Anfang Dezember v. J. von Geni an den Baron Sternani geschrieben, daß er von dessen bevorstehender französischer Fraktion Kenntnis erhalten habe. Im Interesse seiner Handlungen in Geni, sowie aus allgemeinem politischen Interesse ersucht Bethlen den Empfänger um vorläufige Aufschubung dieser Aktion. Dieser Brief wurde gefunden, als man im Nationalverband der rechtsradikalen Organisationen haussuchte; der Vorsitzende des Pünzen Wandbühnenklub erfuhr den Wortlaut und übergab ihn der Opposition, worauf Abg. Vaszanyi in einer Besprechung der Regierungspartei den Ministerpräsidenten wegen dieses Briefes befragte. Bethlen war zuerst außerordentlich bestürzt, suchte dann die Absicht und gab schließlich das Vorhandensein des Briefes zu. Indem er sagte, er leugne nicht, den Brief geschrieben zu haben, der doch gerade beweise, daß er die Aktion nicht gebilligt habe. Die Zustimmung Bethlens zur Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die zu Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung tatsächlich erfolgt ist, dürfte unter dem Druck des Bekanntwerdens dieses Briefes gegeben worden sein.

Bethlens Wunsch erfüllt.

Budapest, 21. Januar. (W.B.-Privatmeldung.) Oberstaatsanwalt Sztrache erklärte Zeitungsbekanntmachern, die französischen Polizeiemissäre (?) Benoit und Doucet hätten nunmehr die Abschrift der Akten über die Haager und Amsterdamer Ermittlungsverfahren der französischen Polizei übergeben. Nach ihrem Studium werde er über eine eventuelle Ergänzung des Ermittlungsverfahrens Bescheid wissen.

Bethlen hatte in seiner jüngsten Parlamentsrede große Beschwörung darüber geredet, daß man diese Protokolle noch nicht nach Budapest geschickt habe.

Ein Moralkongress in — Rom.

Rudolf Eucken lehnt die Teilnahme ab.

Innsbruck, 21. Januar. (I.) Rudolf Eucken, der Nobelpreisträger von 1908, antwortet auf die Einladung zum internationalen Kongress für sittliche Erziehung in Rom von Dr. Frederic J. Gould, dem Einberufer des Kongresses, in London. „Haben Sie verbindlichen Dank für die lebenswürdige Einladung. Aber ich bedauere dieser Einladung aus prinzipiellen Gründen nicht folgen zu können. In diesem Widerspruch gegen elementare Gebote der Moral wird jetzt die deutsche Bevölkerung von Südtirol auf das Schwerste von der italienischen Regierung unterdrückt. — Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Grund meiner Verhinderung öffentlich aussprechen möchten.“

Eine deutschoffizielle Stimme zur Südtiroler Frage.

Seit etwa zwei Monaten, nämlich seitdem der „überfachliche“ Kurs der Mussolini-Regierung allgemeine Empörung in Europa hervorgerufen hat, sind die italienischen Diplomaten im Ausland eifrig bemüht, ihren Herrn und Gebieter vor den scharfen Angriffen der sozialdemokratischen und demokratischen Weltpresse zu schützen. Namentlich in der Wilhelmstraße erfolgt ein Schritt des Botschafters des „Vorwärts“ Einspruch zu erheben. Der Graf Bosdari ist sicher Bosdari nach dem anderen, um gegen die Anklagen vor allem zu klagen, um nicht zu wissen, daß in Deutschland Pressefreiheit besteht und daß keine Regierung diesem verfassungswidrigen Grundgesetz antworten würde, am allerwenigsten auf Ersuchen einer ausländischen Regierung. Doch er erfüllt mit seinen diplomatischen Vorkhaltungen eine Berufspflicht, die sicherlich nicht zu den angenehmsten Aufgaben seines hiesigen Aufenthaltes gehört.

Aber nicht der „Vorwärts“ allein war das Ziel der hiesigen vergeblichen Schritte des italienischen Botschafters. Auch wegen der „Täglichen Rundschau“ ist er im Dezember vorzeitig geworden, weil diese, die damals noch als Streifenorgan galt, die Meldung über die Unterdrückung des Verkaufes von Weihnachtsbäumen in Südtirol veröffentlichte, die übrigens in ihrem Kern der Wahrheit entspricht.

Es scheint uns, daß ein neuer diplomatischer Druck im Zusammenhang mit den vielen Anregungen auf Einstellung von Stellenreisen und dgl. auf das Auswärtige Amt erfolgt ist, denn die offizielle „Deutsche diplomatische politische Korrespondenz“ sieht sich genötigt, einen langen Aufsatz zu dieser Frage zu veröffentlichen.

Dieser Artikel ist, was in Anbetracht der schwierigen Lage des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Problem der Unterdrückung Südtirols ohne Spott festzustellen werden soll, ein einziger Eieranz. Einerseits stünden die Unterdrückungsmaßnahmen in Südtirol im Widerspruch zu den kulturellen Verpflichtungen einer europäischen Großmacht, andererseits handele es sich um ein reines Sprachenproblem, das „natürlich für uns mit der Brennergrenze nichts zu tun“ habe.

Der Artikel spricht von „irreguliertem Ueberseer örtlicher Behörden“, der „vielleicht vielfach noch über die Intentionen der römischen Zentralregierung hinaus verschärft wird“ (?), wendet sich aber gegen die Boykottbestrebungen:

„Es ist mehr als fraglich, ob das geeignete Mittel sind und in keinem Falle werden sie von der deutschen Regierung gefördert oder gewünscht.“

Auch „die Wirtschaft“ sehe diesen Bestrebungen fern. Das können wir nur bestätigen; denn es ist ein alter Erfahrungsgrundsatz, daß „die“ Wirtschaft, die überwiegend schwarzweißrot gefärbt ist, immer das Geschick der nationalen Interessen vorantreibt.

Der Artikel versichert schließlich, daß es einerseits das Bestreben der Reichsregierung sei, den Austausch kultureller und geistiger Güter zu fördern, andererseits werde dieses Bestreben gerade „durch die grausame und zeitweilige Behandlung der deutschstämmigen Südtiroler“ besonders erschwert.

Man merkt es dem Artikel deutlich an, daß seinem Verfasser nicht sonderlich wohl zumute war, als er den Auftrag erhielt, den protestierenden Botschafter Mussolini zu beruhigen. Nachdem dies nun pflichtgemäß geschehen ist, möchten wir für unseren Teil hinzufügen, daß es für die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes kein „Einerseits-andererseits“ gibt. Vielmehr betrachtet die ganze deutsche Nation das Verhalten des Faschismus in Südtirol als barbarisch, mittelalterlich, größenwahnsinnig, mit einem Worte: mussolinistisch. So sehr sich das deutsche Volk mit der ungerechten Grenzziehung von Saint-Germain abgefunden hätte, solange die Deutschen Südtirols einigermassen gläubig und vernünftig behandelt wurden — und das war genau bis zum faschistischen Staatsstreich im allgemeinen der Fall — so wenig wird es den Südtirolern seinen zumindest moralischen Schutz verweigern, solange sie einem Verbrecherregime ausgeliefert sind.

Die Grenzfrage des Brenners ist erst durch Mussolini und seine Kumpel aufgeworfen worden. Sie wird trotz aller

Stillelegungen — Mittel zum Lohndruck

Erwerbslosendebatte im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die dritte Beratung der Reichshaushalte fort. Der Haushalt des Reichsjustizministeriums wurde ohne Aussprache verabschiedet. Debatte über den Haushalt der Post und des Allgemeinen Pensionsfonds erliegt.

Beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums be-mängelt Abg. Rödel (Komm.) das dürftige Ergebnis der Tätigkeit dieses Amtes. Wegen der wachsenden Not der Sozialrentner und der Erwerbslosen sei so gut wie nichts geschehen. Den sich in diesen weiter entwickelten Dingen habe das Reichsarbeitsministerium ohne jede Vorbereitung gegenüber gestanden. Der Redner begründet schließlich einen Antrag auf Erhöhung der Unterstützung der Erwerbslosen um 50 Proz.

Abg. Simon-Franken (Soz.):

Bei der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit ist es mir selber nicht möglich, auf alle die Dinge einzugehen, die mit dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums zusammenhängen. Wir behalten uns vor, bei der Beratung der Etats für 1926 zu allen notwendigen Fragen eingehend Stellung zu nehmen. Jetzt aber schon muß auf die schärfste protestiert werden gegen die Handhabung der Bestimmungen der Stillelegungsverordnung durch die Unternehmer und die Arbeitsämter. In einer großen Anzahl von Betrieben wird die Krise dazu benutzt, um die Löhne der Arbeiter herabzusetzen. Erst werden die Betriebe stillgelegt, weil sie angeblich nicht mehr wirtschaftlich seien. Dann aber werden die Betriebe wieder eröffnet und den Arbeitern wird zugemutet, zu wesentlichen reduzierten Löhnen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Kürzung der Löhne geht bis zu 30 Proz.

Wenn die Arbeiter sich weigern, zu den niedrigeren Löhnen die Arbeit aufzunehmen, dann sagt das Arbeitsamt, das sei eine Kampfmaßnahme, es könne keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden.

Die Arbeiter sollen also genötigt sein, sich jede Herabsetzung der Löhne gefallen zu lassen. Die Unternehmer behaupten, daß die Löhne der Arbeiter zu hoch seien, sieht man sich dagegen die Zahl und die Gehälter der höheren Angestellten in den Betrieben an, so findet man, daß sie häufig fünf- bis sechsmal so hoch sind, als in der Vorkriegszeit. Wir haben nichts davon gehört, daß hier einmal eingegriffen worden ist. Ich habe hier eine Aufstellung, die die Deffektivität dieser Interessierten darstellt. Sie stellt die Gehälter der Direktoren, Prokuristen und außerordentlich beschäftigten Angestellten aus dem Jahre 1914 und dem Jahre 1925 nebeneinander. Es handelt sich um einen Betrieb, der stillgelegt worden ist, weil er angeblich nicht wirtschaftlich sei. 1914 hatte die Fabrik einen Direktor mit einem Monatsgehalt von 1000 M., drei Prokuristen und vier außerordentlich beschäftigte Angestellte mit zusammen 3500 M. monatlichem Einkommen, insgesamt wurden damals für diese höheren Angestellten 4500 M. aufgewendet. Im Jahre 1925 sieht das Bild so aus: Die Fabrik hat einen ersten Direktor mit monatlich 5000 M., einen zweiten Direktor mit 5000 M., einen dritten Direktor mit 3000 M. Dann folgen sechs Prokuristen mit je 800 M., fünf außerordentlich beschäftigte Angestellte mit je 650 M., ein Angestellter mit 450 M.

Im Monat wurden also insgesamt 21.800 M. bezahlt gegen 4500 M. im Jahre 1914.

Ein Direktor bezieht allein im Jahre 60.000 M. Demgegenüber übersteht die Tassa, daß in dem Betrieb 24 Angestellte entlassen worden sind, die zusammen nur 57.600 M. im Jahre bezogen haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Unterstützung der Kurzarbeiter wurde immer wieder hinausgeschoben, trotzdem es feststeht, daß sie bei einer Arbeit von 24 Stunden und weniger die Woche noch nicht einmal soviel verdienen, wie die Erwerbslosenunterstützung beträgt. Auch hier spricht man viel von der Unwirtschaftlichkeit der Betriebe und daß sich die Reinigungsphase auswirken müsse. Bisher hat man die Kurzarbeiterunterstützung mit der Begründung abgelehnt, daß keine verantwortliche Regierung da sei. Jetzt haben wir eine, und trotzdem wird die Kurzarbeiterunterstützung immer weiter hinausgeschoben.

offiziösen, erzwungenen und beschwichtigenden Erklärungen akut bleiben, sie wird sogar in zunehmendem Maße die Gemüter des ganzen deutschen Volkes beschäftigen, solange der Faschismus am Ruder bleibt.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß wir glauben, gute Gründe zu haben, diese Zellen keineswegs gegen die Person des Grafen Bosdari zu richten von dem die betrübliche Entwicklung der italienisch-deutschen Beziehungen gewiß nicht abgehängt hat. Aber sollte der italienische Botschafter den gewundenen Artikel der offiziellen Korrespondenz als einen „Erfolg“ seiner Vorstellungen nach Rom übermitteln, so könnte man ihm nur empfehlen, falls er über die wahre Stimmung des deutschen Volkes berichtet will, auch die Kommentare des „Vorwärts“ hinzuzufügen!

Der Kampf in Leningrad.

Das Ringen um die Arbeiterschaft.

Leningrad, 21. Januar. (DE.) Die „Leningradskaja Prawda“ tritt den plötzlich aufgetauchten Gerüchten entgegen, als sei die Stillelegung von Betrieben der großen Metallfabrik „Krasnyj Putilow“ und als Folge dessen die Entlassung zahlreicher Arbeiter geplant. Es handele sich nur um einige Reparaturen, während welcher Zeit die Arbeit in den betreffenden Räumen nicht möglich sei; entlassen werde niemand. Die Gerüchte würden von Feinden der Arbeiterschaft ausgeht, um Schwierigkeiten zu schaffen. — Seit Wochen wird in den „Krasnyj Putilow“, einem der Hauptstützpunkte der für die Opposition eintrittenden Arbeitergruppen, ebenso wie in anderen ähnlich gestimmten Großbetrieben, mit öffentlichen Reden und geheimer Beeinflussung darum gekämpft, die Arbeiterschaft zu einem Abbruch von der Opposition und Veröffentlichung einer entsprechenden Erklärung zu gewinnen. Im Zusammenhang mit dieser Kampagne zeigt die Bekanntmachung in der jetzt durchaus oppositionsfeindlichen „Leningradskaja Prawda“ aufs neue, daß in den oppositionellen Arbeiterkreisen die Haltung der Regierung als arbeitserfüllend betrachtet wird und diese Stimmung in jenfalls, wenn die Arbeiterschaft ausregenden Gerüchten zum Ausdruck kommt.

Für deutsch-polnische Verständigung.

Sozialistische Kundgebung in Danzig.

Am kommenden Sonntag findet in der Danziger Messehalle eine Kundgebung der sozialistischen Partei für internationale Verständigung statt. Als erster Redner wird Reichstagsabg. Breitscheid über den Locarnovertrag und seine Auswirkungen sprechen, als zweiter der polnische Sejmabg. Dr. Diament über die Kurdische Lage der Oststaaten. Die Schlussansprache wird Senatspräsident Gehl halten.

Die Rattowitzer Polizeimänner.

Rattowitz, 21. Januar. (W.B.) Die Verhaftung des Vertrauensmannes der Deutschen Sozialistischen Ge-

warum übernimmt nicht der Reichstag die Verantwortung für die Einführung dieser Unterstützung, weil angeblich keine verantwortliche Regierung da ist? (Sehr rühmlich bei den Sozialdemokraten.) Ich habe die Überzeugung, daß die Regierung gar nicht den ersten Willen hat, die so notwendige Unterstützung der Kurzarbeiter einzuführen. Wir müssen dringend ersuchen, diese Frage nicht länger hinauszuschieben, sondern endlich diesen armen Menschen die notwendige Unterstützung zu geben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoch (Soz.) fragt mit Bezug auf einen sozialdemokratischen Antrag, wie die Regierung zu der Unterstützung der Krankenkassen stehe.

Reichsarbeitsminister Brauns erwidert, daß die Regierung den Krankenkassen zwar keine Beihilfen gewähren wolle, sie denke aber an die Ausgabe von Darlehen an die Krankenkassen.

Angenommen werden die Anträge: 20 Millionen zur Unterstützung der während des Ruhrkampfes erwerbslos gewordenen Arbeiter und 5 Millionen zur Verstärkung der Mittel der Bezirksfürsorgeverbände einzustellen.

Der Haushalt wird darauf angenommen.

Zu dem Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wird ein von allen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten unterstützter Antrag zur Erneuerung und Ergänzung der Schiffe der Treibschifferei, sowie zur Erhaltung der Dampfhoheiseleisen langfristige Kredite zu mäßigem Zinsfuß in Höhe von 3 Millionen Mark zu gewähren, gestellt. Die Kommunisten wünschen die Einsetzung von 100 Millionen Mark zum Zwecke der Kreditgewährung, an in Rot geratene bäuerliche Familienbetriebe, ferner 50 Millionen Mark für den Bau von Landarbeiterwohnungen. — Die Abstimmung über diese Anträge wird auf Freitag vertagt.

Der Haushalt der Reichsschuldenerverwaltung wird ohne Aussprache angenommen.

Bei der Beratung des Haushalts des Finanzministeriums wird ein Antrag aller Parteien angenommen, der den Fonds für kriegsbedürftige Kriegsteilnehmer von 13 auf 20 Millionen Mark erhöht.

Um 2½ Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag nachmittag 3 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht außerdem der sozialdemokratische Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Fememorde.

Verschleppungsversuche im Ausschuss.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags befahte sich am Donnerstag mit der Erwerbslosenfrage. Zur Erörterung stand ein kommunistischer Antrag, der eine neue Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent der vor kurzem beschlossenen Höhe und die Befreiung des bisherigen Ortsklassenverhältnisses verlangte. Der Antrag wird von den Sozialdemokraten grundsätzlich unterstützt. Unsere Genossen wiesen gegenüber den vom Zentrum vorgebrachten finanziellen Bedenken darauf hin, daß man ja auch im Ruhrkampf genug Mittel aufgebracht habe, um die Industriellen zu unterstützen. So müßten auch jetzt im Reich zur Befreiung der Erwerbslosen die erforderlichen öffentlichen Mittel bereitgestellt werden. Wenn da und dort die Unterstützungssätze die Löhne überschritten, dann könne es sich nur um Schuld-löhne handeln. Das gelte auch für von der Deutschen Volkspartei vorgebrachte Klagen, wonach die jüngste Erhöhung der Unterstützungssätze bereits dazu geführt habe, daß landwirtschaftliche Arbeiter vielfach absichtlich ihren Dienst ausgeben, um in den Genuss der Unterstützung zu kommen, die höher als ihr Vorlohn liege.

Nach mehrstündiger Debatte beantragte Genosse Luchhäuser, daß der Ausschuss morgen den Reichsarbeitsminister zur Teilnahme an der Beratung auffordern soll, um endlich eine Entscheidung herbeizuführen. Im Gegenzug zu einer solchen prompten Erledigung wurde von den bürgerlichen Parteien beschlossen, die nächste Beratung erst nach Befragung des Reichsarbeitsministeriums über den ihm genehmen Termin abzuhalten. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich gegenüber den neuen Verschleppungsversuchen zu wehren wissen.

werkstatt und des Deutschen Schulvereins, Arbeiter Growicz, erregt großes Aufsehen. Die Verhaftung erfolgte, weil die Polizei die Urheber eines Bombenattentats bei dem deutschgefinnten Gastwirt Rucha in Oberkassau unter der deutschen Minderheit suchte. Sie verhaftete damals sofort 16 Vertrauensleute der Deutschen Sozialistischen Gewerkschaft, von denen Growicz in Haft behalten wurde, weil es nach mehrmaligen fruchtlosen Hausdurchsuchungen gelang, bei ihm vier Karabiner und Munition zu finden. Das erinnert an den Graubünger Fall vom Oktober 1924. Dort wurde plötzlich eine Reihe harmloser Mitglieder der Guttempler unter der Anklage der Spionage und der Vorbereitung staatsfeindlicher Handlungen verhaftet, wobei als Beweis angeführt wurde, daß im Keller des Hauses eines dieser Guttempler Sprengstoffe und eine Brieftaube entdeckt worden seien. Nachträglich stellte es sich heraus, daß der von einer französischen Kommission herübergebrachte Sprengstoff und die Brieftaube durch Polizeispieler in den Keller gebracht und dann von der Polizei dort entdeckt worden waren. Im Fall Growicz liegen die Umstände so ähnlich, daß man hier an ein gleiches Manöver glaubt.

Nachspiel zum Steiger-Prozess.

Warschau, 20. Januar. (DE.) Maria Kaluska, die selbsterzeit Dienstmädchen bei dem jüdischen Sejmabgeordneten Reich war und während des Attentatsprozesses Steiger Verschwörungssanktionen gegen Reich vorgebracht hatte, ist jetzt vom Lemberger Bezirksgericht wegen falscher Zeugenaussagen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Regierungskrach in Bayern!

Angriffe auf den Landwirtschaftsminister.

München, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Innerhalb der bayerischen Regierungskoalition sind erste Anstimmigkeiten aufgetreten, wodurch die schon wiederholt in die Erscheinung getretene Koalitionsmüdigkeit des bayerischen Bauernbundes etabliert verfestigt wurde. Es handelt sich hierbei um schwere Angriffe maßgebender Kreise der bayerischen Volkspartei um Dr. Heim gegen den dem Bauernbund angehörenden Landwirtschaftsminister Rehr, der im vergangenen Jahr eigenmächtig landwirtschaftliche Güter für den Staat angekauft hat, die nunmehr mit erheblichen Verlusten abzuliefern. Die Angreifer sprechen von einer großen Miswirtschaft im Landwirtschaftsministerium und geben so weit, die Aufhebung des Ministeriums zu fordern. Minister Rehr ist deshalb zunächst für seine Person bei dem Ministerpräsidenten Dr. Held vorbestimmt geworden und verlangt von ihm ziemlich ultimatives Beweise die Verantwortung der gegen ihn gerichteten Angriffe. Die Fraktion des bayerischen Bauernbundes wird die Angelegenheit in einer Sitzung der Regierungskoalition am Freitag zur Sprache bringen.

Schanghai soll von Tschangscholl eingenommen worden sein. Das wäre wohl das Ende des Schanghaier „Bolschewismus“.

Gewerkschaftsbewegung

Die rechtliche Stellung der Reichsbahnbeamten. Der Verschlechterungsplan der Verwaltung.

Zur Klärung des durch das Vorgehen der Reichsbahn-Gesellschaft entstandenen Streites über die rechtliche Stellung der Reichsbahnbeamten haben am Donnerstag zwischen der Hauptverwaltung und den Eisenbahnerorganisationen Verhandlungen stattgefunden. Dabei haben die Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß sie die Vorschläge der Hauptverwaltung ablehnen müssen, weil sie darin eine Verletzung der Gesetze sehen und weil durch die bereits erfolgten und nunmehr

fortgeführten Verschlechterungen

ein immer weiteres Abdrängen des Reichsbahnbeamtenrechts vom Reichsbeamtenrecht vor sich geht. Seit der Auflösung der Reichsbahn vom Reich haben die Eisenbahnbeamten Verschlechterung auf Verschlechterung hinnehmen müssen. Sowohl auf rechtlichem als auch auf sozialem Gebiete, z. B. in der Frage des Erhaltungsurteils, sind sie benachteiligt worden. Bisher hatten die Reichsbahnbeamten wenigstens noch Anspruch auf dieselbe Besoldung wie die übrigen Beamten. Nun will die Reichsbahn-Gesellschaft die Bestimmungen der Personalordnung über die Besoldung ändern, daß die Reichsbahnbeamten diesen Anspruch nicht mehr haben. Aus der Begründung der Reichsbahnverwaltung für diese Änderung der Bestimmungen ist zu entnehmen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft sich damit die Handhabe schaffen will, um die Reichsbahnbeamten von etwaigen Besoldungsbesserungen der übrigen Beamten auszuschließen. Dasselbe soll hinsichtlich der Bestimmungen für die Pension und die Hinterbliebenenversorgung erfolgen. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat in dieser ihrer Absicht fest, obwohl von den Gewerkschaften ausdrücklich darauf hingewiesen worden ist, daß ein solches Verfahren gegen das Reichsbahn-Gesetz verstößt. Zu gleicher Zeit sollen für die Beamten

in den unteren und mittleren Gruppen kürzere Kündigungsfristen wie bei den Reichsbeamten vorgeesehen werden. Das ist für die Reichsbahnbeamten insofern von großer Bedeutung, als sie nach den Bestimmungen, die von der Reichsbahn-Gesellschaft in der Personalordnung festgelegt sind, bei Entlassung durch Kündigung keinerlei Anspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung haben. Sie haben eine Aussicht auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach den Pensionsbestimmungen also nur dann, wenn ihre Entlassung durch Zurücknahme des Kündigungsanwerbs erfolgt. Nach der Absicht der Reichsbahn-Gesellschaft sollen nunmehr die Beamten in den Gruppen I bis IV die lebenslängliche Anstellung überhaupt nicht mehr erhalten, aber auch für die übrigen Beamten in den Gruppen V bis IX sollen die Bedingungen für die Erlangung der lebenslänglichen Anstellung bedeutend verschlechtert werden. Bei der Art und Weise, wie die Verwaltung die Kündigungsbeamten bisher behandelt hat — der Beamtenabbau ist lediglich durch Entlassung solcher Beamten durchgeführt worden — bedeutet diese Regelung praktisch eine Beseitigung des Beamtenverhältnisses für die Gruppen I bis IV. Das ist zugleich

ein schwerer Schlag gegen die Reichsbahnarbeiter, für welche die Gruppen I bis IV als Anstellungsmöglichkeiten in Betracht kommen. Es zeigt sich immer mehr, daß die Feinheit bei der Verabschiedung der Dames-Gesetze vom damaligen Reichsverkehrsminister im Reichstag gemachten Zugeständnisse hinsichtlich der gleichartigen Behandlung der Reichsbahnbeamten wie die Reichsbeamten nicht eingehalten werden, und daß die Reichsbahn-Gesellschaft das ihr gegebene Recht, die Rechtsverhältnisse selbstständig zu regeln, dazu benutzt hat, das Beamtenverhältnis planmäßig Stück für Stück abzubauen.

Die Organisationen und Hauptverwaltungskörper beharren sich alle weiteren Schritte gegen die Absicht der Reichsbahnverwaltung auf ihre Rechte vor. Aus der Reichsbahn läßt sich kein Siemens-Betrieb machen.

Die Arbeitslosenräte für Erwerbslose.

Wo Beschwerden und Wünsche vorzubringen sind

Wiederholt ist es vorgekommen, daß Erwerbslose berechnigte Beschwerden haben, sei es über die Verweigerung der Unterbringung, über die Art der Zuweisung von Arbeit, oder über die Verwendung

zur Pflichtarbeit usw. In diesem Fall wird der Betroffene häufig in verbitterten Worten seinem Vorgesetzten machen, was ihm gar nichts hilft, oder er wird von den Kommunisten zu politischen Zwecken ausgezogenen „Arbeitslosenräten“ nachlaufen, die ihm auch nicht helfen können.

Ganz abgesehen davon, daß für die Gewerkschaftsmitglieder die Anrufung der Organisation gegeben ist, empfiehlt es sich für alle Erwerbslosen, in allen Fällen, wo sie Beschwerden oder Wünsche haben, die mit ihrer Arbeitslosigkeit im Zusammenhang stehen, Beschwerde bei dem zuständigen Arbeitsvermittler des öffentlichen Arbeitsnachweises zu erheben. Diese Beschwerde ist dem zuständigen Ausschuss bzw. Verwaltungsausschuss zu überweisen. Der Arbeitsvermittler ist verpflichtet, eine solche Beschwerde, die am besten schriftlich einzureichen ist, weiterzugeben. Der Verwaltungsausschuss muß den Beschwerdeführer zur Verhandlung seiner Beschwerde vorladen und ihn darüber hören.

Da alle Verwaltungsausschüsse paritätisch zusammengesetzt sind, hat der Beschwerdeführer die Sicherheit, daß sachkundige Berufscollegen im Ausschuss sich seiner annehmen werden. Selbstverständlich kann der Verwaltungsausschuss nur berechnigte Beschwerden abstellen und Wünsche berücksichtigen, soweit die ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Befugnisse das erlauben. Aber soweit den Arbeitslosen in diesem Rahmen Rat und Hilfe zuteil werden kann, sind die dafür geschaffenen Arbeitslosenräte die Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise.

Vogende Eisenbahner

Kaum eine andere Berufsrichtung wird derart zu allen möglichen Gründungen zu mißbrauchen versucht wie die Eisenbahner-Schaft. Wir finden hier neben einer ganzen Anzahl von Verbänden zu Fachvereinen unter dem huldvollen Protektorat rechtsstehender Elemente eine Unzahl von Vereinen unter allen möglichen Vornamen und Zwecken. Die neueste Errungenschaft ist die Gründung einer Schwerkraftabteilung. Der Sport wird als Eisenbahnersport abgestempelt und nun ist es „Pflicht aller Eisenbahner“, diesen „Eisenbahnersport“ zu unterziehen. Der geschäftstüchtige Unternehmer der Uebungsabende, der Eisenbahn-Vogelabweilung einrichtet, verfügt: „Jeder dienstfreie Eisenbahner hat sich dort — zu dem Bogabend — einzufinden.“ Nur dadurch sei es möglich, den Sport — die Bogerei — in „den großen Eisenbahnerarbeitern“ und Beamtenkörper wahrzunehmen. Die „gute Sache“ schlage seinen Endes zum Nutzen der Verwaltung aus, wird behauptet, um so zunächst die Duldung und schließlich auch die Unterstützung der Verwaltung zu erlangen.

Wir sind der Meinung, daß die Bogerei nichts mit der Eisenbahn zu tun hat. Ueberbiss aber, daß die Eisenbahner ihre dienstfreie Zeit nicht mit allen möglichen Spielereien vergeuden, sondern sie nützlich und zweckmäßig verwenden sollen. Dann wird der ganze Alibi, der sich heute im Eisenbahnbetriebe dienstlich und außerdienstlich breitmacht, keine Pflanzstätte mehr finden. Sache aller vernünftig denkenden Eisenbahner ist es, in diesem Sinne zu wirken.

Jahresversammlung der Fliesenleger.

Die im Bauergewerksbund organisierten Fliesenleger hatten am Mittwoch im Gewerkschaftshaus ihre Jahresversammlung. Der Branchenseiter Dr. Mann ging in seinem Jahresbericht hauptsächlich auf die Entwicklung der Löhne während des vergangenen Jahres ein.

Da die Verhandlungen über den Neuabschluss im März zu keinem Ergebnis führten, traten die Fliesenleger am 6. April in den Streik. Nach dreieinhalbwöchiger Streikdauer konnte der Streik mit einem ansehnlichen Erfolg beendet werden. Der Spitzenlohn wurde von 1,24 Mark auf 1,43 Mark erhöht. Ebenso wurde die fernere Regelung des Fliesenlegerlohnes unabhängig vom Maurerlohn festgelegt. Die Landzulage wurde von 3 auf 5 Mark erhöht. Für die im Bedarfsfalle zu leistende Ueberstunde muß ein Zuschlag von 10 Proz. gezahlt werden, ebenso muß verauslagtes Fahrgehd vergütet werden. Durch mehrmalige Verhandlungen wurde der Lohn noch zweimal erhöht, so daß am Ende des Jahres der Lohn für Fliesenleger 1,68 Mark und für Hilfsarbeiter 1,39 Mark betrug. Diese Erhöhung der Löhne um über 50 Proz. war nur möglich durch das fast lückenlose Organisationsverhältnis der im Beruf Beschäftigten.

Im dem Bericht wurde in der Diskussion keine Kritik geübt. Bei der Neuwahl der Branchenseitung wurde die alte Branchenseitung einstimmig wiedergewählt.

Bevorstehende Einigung in der Tschechoslowakei.

Prag, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Tschechoslowakei ist seit der 1918 erfolgten Staatsgründung die freie Gewerkschaftsbewegung in nationaler Hinsicht gespalten. Die tschechischen sozialdemokratischen Arbeiter gehören tschechischen Gewerkschaften an, die in einer tschechischen Gewerkschaftsvereinerung in Prag zusammengeschlossen sind, während die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter deutschen Gewerkschaftsverbänden, die in der Gewerkschaftskommission in Reichenberg ihre Spitzenorganisation haben, angehören. Unter der Ägide der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale begannen im Januar 1925 die Ausgleichsverhandlungen zwischen den beiden freien Gewerkschaftszentralen. Genosse Dudgeest, der dieser Tage in der Tschechoslowakei weilte, brachte die Verhandlungen, die über ein Jahr lang dauerten und viele Schwierigkeiten aufwiesen, in ihr Schlussstadium, und es gelang, den jahrelangen Streit vollständig beizulegen. Allerdings bedürfen die vereinbarten Bestimmungen noch der Genehmigung der verantwortlichen Körperschaften. Es ist jedoch zu erwarten, daß auch diese Vereinbarungen genehmigt werden, und daß so die Grundlage für die Vereinigung von mehr als einer halben Million Mitglieder, die bisher in zwei Gewerkschaftszentralen zusammengelassen waren, in eine gemeinsame Landeszentrale der Tschechoslowakei geschaffen ist. Auf Grund des genehmigten Abkommens wird über die Durchführungsbestimmungen weiter verhandelt werden. Diese Verhandlungen, die den formellen Abschluß der Einigung der beiden Gewerkschaften darstellen, finden am 27. und 28. April statt.

In der politischen Öffentlichkeit der Tschechoslowakei wird dieses Ereignis ungemein gewertet, da man glaubt, daß die Vereinigung der beiden Gewerkschaften auch von Einfluß sein wird auf das Verhältnis der jetzt im Kampf gegeneinander liegenden tschechoslowakischen und deutschen sozialdemokratischen Partei.

250 000 Arbeitslose in Oesterreich.

Wien, 21. Januar. (ZL) Der Stand der Arbeitslosigkeit in Oesterreich hat in der ersten Januarnächte eine Zunahme der Arbeitslosen von circa 12 000 ergeben. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute rund 250 000.

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Arpenberg, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark ist in diesem Etappen begiffen. Sie beträgt jetzt insgesamt 83 500.

Gewerkschaftskongress in Mexiko.

(ZL) Der 7. Kongress der mexikanischen Gewerkschaftsbundes (Confederación Regional Obrera Mexicana) wird in den ersten Tagen des März 1926 abgehalten werden.

Deutscher Verkehrsband, Sektion V, Industriearbeiter.

Sonntag, 24. Januar, vormittags 10 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Charlottenburger Straße 10, allgemeine Versammlung aller in der Sektion V (Industriearbeiter) eingeschriebenen Mitglieder. Tagesordnung: 1. Erhaltung des Verkehrsbandes. 2. Neuwahl der Sektionsleitung. Mitgliederbeitrag oder Karte sind am Saal-Eingang zur Kontrolle vorzulegen. Ohne Mitteilungschein kein Einlaß.

Witzke, SPD-Betriebs- und Gewerkschaftssekretär! Wir möchten wiederholt darauf aufmerksam machen, daß die Witzke-Partei im Jahre 1925 nicht existiert. Auch die Konferenz am 14. Januar haben nur Genossen besucht, die im Verke der neuen Parteien sind. Es wird daher ersucht, die alten Karten sofort zurückzugeben. Betriebssekretär Witzke (SPD), Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

SPD-Fraktion Bergmann, G. W. Rosenthal. Bitte nachmittags 4 Uhr Versammlung bei Witzke, Lindenallee 40. Erklären oder Genossen erwartet bestimmt. Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Fritz Saltruss; Gewerkschaftsorganisation: Reiter, Saltruss; Redaktion: Dr. John Schilowski; Redaktions- und Geschäfts-Verwaltung: Witzke; Druck: Schmidt in Berlin; Berlin: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Schmidt-Verlag; und Verlagsverlag Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Stern 2. Verlags- und „Unterhaltung und Wissen“.

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billigste Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| EB-Kochäpfel 10 Pf. | Weißkohl Pfund 5 Pf. |
| Amerikan. Äpfel Pfund 35 Pf. | Rotkohl Pfund 8 Pf. |
| Apfelsinen Dose, 60, 45, 35 Pf. | Blumenkohl Kopf von 8 Pf. an |
| Weintrauben (Almeria) Pfund 40 Pf. | Zwiebeln Pfund 10 Pf. |
| Erbsen (kleine) Pfund 17 Pf. | Mohnbrot 45 Pf. |
| Viktoria-Erbsen Pfund 19 Pf. | Apfelstrudel . . . Stück 50 Pf. |
| Grüne Erbsen . . . Pfund 24 Pf. | Mandelkränze . . . Stück 50 Pf. |
| Gelbe Erbsen polliert, Pid. 28 Pf. | Bismarckkränze Stück 50 Pf. |
| Weißer Bohnen . . . Pfund 16 Pf. | Streufelkuchen gebackt 50 Pf. |
| Rundbohnen . . . Pfund 24 Pf. | Mohnstangen . . . Stück 55 Pf. |
| Linsen Pfund 19 Pf. | Marzipanstangen Stück 65 Pf. |
| Thüringer Linsen Pfund 38 Pf. | Pfefferkuchenbruch Pid 80 Pf. |
| Italien. Teigwaren Pid. 45 Pf. | |

Konserven

- | | |
|---|----------------------------------|
| Schnitt- u. Brechbohne 65 Pf. | Stangenspargel Dose 1/2 1/2 |
| Gemüse-Erbsen 55 Pf. | extra stark 190 365 |
| Junge Erbsen 60 Pf. | Bruchspargel mittel . . . 245 |
| Junge Erbsen fein . . . 135 | Apfelmus aus geschälten 58 Pf. |
| Junge Erbsen mit Karotten 82 Pf. | Pflaumen mit Wein . . . 65 Pf. |
| Junge Erbsen ein, m. Karotten 135 | Rhein. Mirabellen . . . 105 |
| Junger Spinat 48 Pf. | Kaiserkirschen 115 |
| Grünkohl 48 Pf. | Ananas Hawaii, in Schälben 180 |
| Rosenkohl 1 M | Erdbeeren 190 |
| Sellerie 110 | Preiselbeeren 6 Pf. |
| Prinzebohnen extra 195 160 | 10 Plus-Elmer 390 Elmer 210 |
| Pfefferlinge 110 | Sardinen portug., Kludose 45 Pf. |
| Konfiluren 7-Pfd.-Elmer Pfäuzchen 90 Pf. | Norweg. Sardinen Dose 45 Pf. |
| | A-ri-kosen 140 Erdbeeren 150 |

- | |
|---|
| Messina-Apfelsinen 575 |
| Originalkiste, 200 Stück |
| Bananen 3 Pfund 95 Pf. |

Frisches Fleisch

- | |
|---|
| Kalbskamm u. Brust . . . Pfund 75 Pf. |
| Kalbsrücken u. Keule . . . Pfund 85 Pf. |
| Hammelvorderfleisch . . . Pfund 78 Pf. |
| Schweinebauch u. Rücken . . . Pfund 1 08 |
| Schweineschinken u. Blatt . . . Pfund 1 15 |
| Lieser u. Rückenfeil Pfund 1 M |
| Kasler Rippspeer u. Kamm 1 30 |
| 1a Gefrierfleisch Pfund 53 Pf. |

- | |
|---|
| Junge Gänse getror. Pfund 95 u. 85 Pf. |
| Hasen gestreift und ausgewaschen, Pfund 98 u. 85 Pf. |
| Hirschrücken Pfund 110 Keule 140 |
| Grüne Heringe 5 Pfd. 65 Pf. |
| Schellfische-Bratschollen 26 Pf. |
| Fettbücklinge große norwegische, Pfd. 33 Pf. |
| Fludern Pfund 42 Pf. |
| Sprotten Pfund 62 Pf. |

- | |
|--|
| Kaffee frisch gebrannt „Kongum“ Pfund 2 10 „Haushalt“ Pfund 2 80 |
| Bensdorp-Kakao „Goldgasse“, stark entölt, P an 1/2 Aker 85 Pf. |
| Schokolade Vollmilch, Milchsch, Krakant 3 Tafeln à 100 Gramm 95 Pf. |
| Schokolade Haushalt, in Discen . . . Pfund 1 M |

- | | |
|--|--|
| Landleberwurst 1 20 | Camembert 20 Pf. |
| u. Rohwurst, Pfund | vollfett, Schachtel |
| Große Mettwurst Pfund 140 | Stangen Limburger 60 Pf. |
| Gefüllter Schinken Pfund 140 | Schweizerkäse |
| Filet- u. Jagdwurst Pfund 155 | ohne Rinde, Kart. 6 Portion. 85 Pf. |
| Fetter u. magerer Speck (deutsche Ware) Pfund 155 | Holländer Pfund 95 Pf. |
| Feine Leberwurst Pfund 175 | Tilsiter Pid 75 Pf. vollf., Pid 115 |
| (Braunschweiger Art) . . . Pfund 175 | Schweizer Smitz-her. Pfund 150 |
| Mettwurst Pfund 190 | Speisetalg 56 Pf. |
| Ze velat- u. Salami Pfund 190 | 1 Pfund-Paket |
| Schinkenspeck Pfund 190 | Margarine Pfund 58 Pf. |
| In 1 Pfund-Stück, rid. 190 | Kokosfett 1 Pfund-Tafel 63 Pf. |
| ca. 2 Pfund schwer, Pid. 210 | Molkereibutter 1/2 Pfd. 85 Pf. |
| Nußschinken Pfund 210 | Tafelbutter Pfund 188 |

- | | |
|---|------------------------------------|
| Wein Preise für 1/2 Flasche einwechsell. 5 Liter ohne Glas | |
| 1923 Oppenheimer Garten Rheinhessen 95 Pf. | |
| 1922 Zeller Schwarze Katz Mosel . . . 125 | |
| 1918 Margaux, Madoz gepflügter Bordeaux . . 130 | |
| Ranetten-Apfelwein 55 Pf. | 1921 Niersteiner Dömlal 275 |
| 1923 Hainfelder-Oberhaardter 80 Pf. | schwerer blumiger Rheinhessen |
| 1923 Mesener Brännchen 90 Pf. | San Antonio span. R. Wein 1 M |
| 1921 Neumagener Engelgrube 180 | 1913 Beaujolais 150 |
| 1920 Rüdeshelmer Berg 180 | 1921 Sauternes 3 M |
| Spätless 230 | Tarragona Rot 125 |
| Feine Fruchtwine 1 M | Malaga gold 160 |
| | Weinbrand Verschnitt 275 |
| | Jamaica Rum-Verschnitt 3 M |

- | |
|---|
| FrISCHE Blumen Leipziger Straße 5. u. 5a (Köln) Versandung |
| Blühende Primeln Kopf 30 Pf. |
| Blühende Alpenveilchen Kopf 48 Pf. |
| Blühende Hyazinthen Kopf 68 Pf. |

Eine arbeitsreiche Stadtverordnetenversammlung.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern fleißig gearbeitet, so daß unter den vielen auf der Tagesordnung stehenden Anträgen und Anfragen tüchtig ausgeräumt werden konnte. Zu Beginn der Sitzung gedachte der Vorsteher, Genosse Haß, des Explosionsunglücks in Moabit im Worten herzlicher Teilnahme und betonte die Notwendigkeit städtischer Hilfe für die Opfer. Dieser Forderung schloß die ganze Versammlung sich an, indem sie einem von den Kommunisten eingebrachten Antrag zustimmte. Es folgten dann Verhandlungen und Beschlüsse über eine Reihe wichtiger Fragen, über die Gefahr der Auflösung des Kinderkrankenhauses Buch, über die Stellung des Magistrats zur Wiederbesetzung von Beamtenstellen in den Verwaltungsbezirken, über die Unterstützung von Kurzarbeitern, über die Gewährung von Milch für Kinder Erwerbsloser, über die Besserung der Verkehrsverhältnisse, besonders für Spandau und Umgebung.

Die Explosionskatastrophe in Moabit

gab in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung dem Vorsteher Veranlassung zu verhandeln. Die Stadt Berlin spricht den Hinterbliebenen die warmste Anteilnahme aus. — Die Versammlung hörte die Worte des Vorstehers stehend an. Der Vorsteher teilte dann die Anfrage unserer Fraktion an den Magistrat mit, die Auskunft über die Ursachen des Unglücks und Maßnahmen zur Verhütung in der Zukunft verlangt. Die Anfrage wurde dem Magistrat zur Beantwortung überwiesen. Ein Antrag der Kommunisten, der den Magistrat ersucht, den Opfern durch geldliche Unterstützung, Bereitstellung von Wohnungen und Übernahme der Krankenkosten und Beerdigungskosten durch die Stadt zu helfen, wurde ohne Debatte angenommen. An einen Sonderauschuß ging der von uns im „Vorwärts“ am Mittwoch morgen mitgeteilte Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten, der die Hilfsaktion für die erwerbslose Jugend betraf. — Die vom Magistrat eingebrachte Dringlichkeitsvorlage, die die grundsätzliche Zustimmung der Stadtverordneten zur Zuschüttung des Vullenstädtischen Kanals verlangt, wurde angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über eine Anfrage der kommunistischen Fraktion. Nach ihrer Information sollte eine

Aufgabe der Stadt Berlin, für die Betroffenen zu sorgen

und den Ursachen nachzugehen, um in der Zukunft derartige Katastrophen zu verhindern. Die Stadt Berlin spricht den Hinterbliebenen die warmste Anteilnahme aus. — Die Versammlung hörte die Worte des Vorstehers stehend an. Der Vorsteher teilte dann die Anfrage unserer Fraktion an den Magistrat mit, die Auskunft über die Ursachen des Unglücks und Maßnahmen zur Verhütung in der Zukunft verlangt. Die Anfrage wurde dem Magistrat zur Beantwortung überwiesen. Ein Antrag der Kommunisten, der den Magistrat ersucht, den Opfern durch geldliche Unterstützung, Bereitstellung von Wohnungen und Übernahme der Krankenkosten und Beerdigungskosten durch die Stadt zu helfen, wurde ohne Debatte angenommen. An einen Sonderauschuß ging der von uns im „Vorwärts“ am Mittwoch morgen mitgeteilte Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten, der die Hilfsaktion für die erwerbslose Jugend betraf. — Die vom Magistrat eingebrachte Dringlichkeitsvorlage, die die grundsätzliche Zustimmung der Stadtverordneten zur Zuschüttung des Vullenstädtischen Kanals verlangt, wurde angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über eine Anfrage der kommunistischen Fraktion. Nach ihrer Information sollte eine

Auflösung des Kinderkrankenhauses in Buch

dem Magistrat beabsichtigt sein. Frau Hoffmann-Gwinner begründete die Anfrage und erklärte, daß die Benutzung der Räume zur Irrenunterbringung beabsichtigt sei. Stadtmedizinalrat Prof. v. Drigalski erwiderte, daß die Irrenanstalten sich schon jetzt weigern, die Irren der Stadt Berlin aufzunehmen. Tatsächlich ist das in Frage stehende Kinderheim ursprünglich als Irrenanstalt gebaut worden, es besteht aber beim Magistrat nicht die Absicht, das Heim aufzulösen. Sollten die Räume doch einmal als Irrenanstalt gebraucht werden, so wird man die Kinder anderweitig, aber noch besser unterbringen. Genossin Dr. Frankenthal: Sollte die Absicht bestehen, das Heim aufzulösen, so müßte sich allerdings die sozialdemokratische Fraktion mit aller Schärfe dagegen wenden. Unsere Rednerin sprach von dem Ringen um solchen Anstalten, sie betonte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Kinderkrankenhauses. Der Stadtmedizinalrat erklärte nochmals, daß eine Auflösung nicht beabsichtigt ist. — Der Magistrat hatte eine Vorlage zur Beschlußfassung vorgelegt, nach der die

Wiederbesetzung freierwerdender Beamtenstellen

in der zentralen Verwaltung und auch in den Bezirken nur mit Genehmigung des Magistrats vorgenommen werden soll. Genosse Wendt war in der Diskussion dem Redner der Deutschnationalen vor, daß die Stellung dieser Fraktion im Ausschuß anders gewesen sei, als sie jetzt im Plenum vertreten werde. Die Deutschnationalen ließen sich offenbar hier in der Öffentlichkeit von agitatorischen Rücksichten leiten. In den Versammlungen

weitere man über die Ueberfüllung der Verwaltung mit Beamten und hier vertrete man den gegenseitigen Standpunkt. Nach unserer Auffassung hätte zunächst die Industrie ihre mehrfach überbesetzten Direktionsstellen abzugeben. Die Versammlung beschloß schließlich, den Magistrat zu ersuchen, bis zum 1. Juni eine generelle Prüfung der Notwendigkeit der Wiederbesetzung vorzunehmen. — Auf Grund eines Antrages der Kommunisten empfahl der Ausschuß für Angelegenheiten der Erwerbslosen, die Säuglingsfürsorge anzumehren, den Kindern der Erwerbslosen Nahrungsmittel und Milch nach Anordnung eines Arztes kostenlos zu geben. Die Versammlung folgte mit großer Mehrheit der Ausschuhempfehlung. — Die Unterstützung und die Aufsicht des Selbstmordes der Pflegerin Lina Hasse in Buch wurde einem besonderen Ausschuß überwiesen. Angenommen wurde in Erledigung eines kommunistischen Antrages ferner ein Ausschußbeschuß, der den Magistrat ersucht, die durch Auslegen oder Betriebsstörungen arbeitslos gewordenen Arbeiter, die nicht in den Rahmen der Erwerbslosenfürsorge fallen, aus Mitteln der Notstandaktion zu unterstützen, wenn sie mindestens 14 Tage auszugehen gezwungen sind. Das Arbeitsministerium soll ersucht werden, die Wiedereinstellung der Kurzarbeiterunterstützung zu veranlassen. Zu einem Antrag, die Verkehrsbedingungen in den äußeren Verwaltungsbezirken zu verbessern, hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Zusatzantrag eingebracht, der den

Bau einer Schnellbahn nach den westlichen Gebieten Berlins

besonders nach Spandau, verlangt. Genosse Schulze begründete den Zusatzantrag, der, ebenso wie der Hauptantrag, angenommen wurde. Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte man sich mit einem kommunistischen Antrag, der die Hinzuziehung der Arbeiter- und Angestelltenräte zu allen Sitzungen der Ausschüsse und Deputationen verlangte. Nach der Begründung durch den Stadtverordneten Beh. Iwanow (Dansk.) namens seiner Fraktion den Antrag aus juristischen Erwägungen ab. Genosse Coewig: Schon einmal ist von der Stadtverordnetenversammlung ein

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 22. Januar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
 4.30—5 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Pankapelle. Leitung: Konzertmeister Percy Kaufmann. 5.40 Uhr abends: Zehn Minuten für die Frau. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Spiel und Sport. Hauptmann a. D. Eckard Claudius: „Der Bolschewikensport“. 7.25 Uhr abends: Dr. phil. Waldemar von Olschhausen: „Lesung und das Geschlecht von heute“. (Zum 197. Geburtstag des Dichters). 7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Astronomie. Dr. Adolf Marouse: „Eine Wanderung durch das Weltall. Die großen Planeten Merkur, Venus und Erde“. 8.30 Uhr abends: Das Drama der letzten 80 Jahre. 4. Abend (Arthur Schnitzler). 1. Die Gekrühtin. Professor Robert Pilgram; Doktor Alfred Hansmann; Professor Werkmann; Professor Brand; Olga Merholm; ein Diener. Spielt in einer Sommerfrische unweit von Wien, an einem Herbstabend des letzten Jahres. 2. Der grüne Kakadu. Groteske in einem Akt. Emile, Herzog von Cadignan; Françoise. Vicomte von Nogaent; Albin Chevalier de la Tremouille; Marguise von Lanson; Séverine, seine Frau; Rollin, Dichter; Prosper, Wirt, vormalig Theaterdirektor; seine Truppe: Henri, Balthazar, Guillaume, Sesevola, Jules, Etienne, Maurice, Georgette, Michette, Filippote; Léocadie, Schauspielerin, Henriette Frau; Grasset, Philosoph; Lebrat, Schneider; Grein, ein Stroich; der Kommissär; Adelige; Schauspieler; Schauspielerinnen; Bürger und Bürgersfrauen. Spielt in Paris am Abend des 14. Juli 1789 in der Spelunke Prosper. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitensage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 Uhr abends: Stunde mit Büchern: „Aus fremden Ländern“. Alfred Pflanz: „Probandus“. Niedermeyer: „Unter der Glucke Irans“. R. v. Colditz: „Im Reiche des Kondor“. Max Otto: „In Kanadas Urwäldern und Prärien“. „Palkotina“.

Königswusterhausen, Freitag, den 22. Januar.

8—9.30 Uhr nachm.: Dramaturg H. Römer: Praktische Übungen für gesundheitliches, konzentriertes und besonnenes Sprechen. 9.30—10 Uhr nachm.: Frau Mathes Wimmermark: Schwedisch für Anfänger. 4—4.30 Uhr nachm.: Einzelvortrag. 4.30 bis 5 Uhr nachm.: Fr. Margot Grupo: Die Frau als Pflegerin häuslicher Kunst.

lacher Antrag angenommen worden. Damals hat der Oberpräsident den Oberbürgermeister gezwungen, den Beschluß zu annullieren. Es ist nicht angängig, die Aufsichtsbehörden mit der gleichen Ungleichheit noch einmal zu beschäftigen. Damals hat die Stadtverordnetenversammlung die ihr zur Verfügung stehenden Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Oberpräsidenten nicht angewandt. Heute liegt um so weniger Veranlassung vor, den Antrag anzunehmen, da eine große Anzahl Betriebsräte als Bürgerdeputierte in den Ausschüssen und Deputationen tätig ist. Der Antrag wurde abgelehnt. — Die Kommunisten hatten ihr warmes Herz für die Konsumgenossenschaft entzündet; sie beantragten eine steuerliche Entlastung der Genossenschaft. Unsere Fraktion ließ durch den Genossen Reuter erklären, daß der Konsumgenossenschaft durch diesen Antrag ein Bärendienst erwiesen werde. In der Öffentlichkeit würden die Widerstände gegen die Genossenschaft nur steigen, so daß die beabsichtigten Vorteile durch eintretende Nachteile mehr als aufgewogen würden. Man braucht der durchaus lebensfähigen Konsumgenossenschaft keine Sonderstellung zu geben, das werden die Gegner der Konsumgenossenschaft nur agitatorisch gegen sie ausnutzen. Im übrigen könne man der Genossenschaft auf andere Art bessere Dienste erweisen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der „zersprungene“ Pulverturm.

Ein Explosionsunglück im alten Berlin.

Das Explosionsunglück in der Kirchstraße 9 läßt wieder die Erinnerung an eine Explosionskatastrophe im alten Berlin wach werden, bei der über 70 Menschen ihr Leben verloren. Dieses Unglück geschah im Jahre 1720. Der Teil der heutigen Keuen Friedrichstraße zwischen der Burg- und Rosenstraße bildete bis zum Jahre 1658 einen Teil der beiden Wallgräben, die die alte Berliner Stadtmauer umgaben. Die war um 1307 aus Feldsteinen erbaut und später durch große Verteidigungswürme weiter befestigt worden. Sie nahm ihren Anfang bei der Spree, wo sie durch einen der Lärme, der auf dem Grundstück der jetzigen Börse stand, gegen die Wasserseite hin gebückt wurde und zog sich dann an der Stelle entlang, wo heute die Vorderfronten der der Garnisonkirche gegenüberliegenden Häuser sichtbar sind. An der Spandauer Straße wurde die Mauer durch das Ausgangs dieser Straße befindliche Spandauer Tor, dessen steinerne Brücke die Verbindung nach der Spandauer Landstraße bildete, sowie durch einen daneben befindlichen großen Verteidigungsturm unterbrochen und zog sich dann in gerader Linie nach der Rosenstraße bis zu einem ähnlichen Turm. 1655 wurden die ehemaligen Stadtgräben zugeschüttet. Das Spandauer Tor verlor durch die danach errichteten neuen Befestigungsanlagen seine Bedeutung, blieb indes mit seinem daneben liegenden Turm sowie einem Teil der alten Stadtmauer stehen. Den Hauptverbindungswege zur Spandauer Landstraße bildete von nun an ein der Rosenstraße gegenüber in der alten Stadtmauer ausgebrochener Tor, von dem man vermittelst der über den neuen Festungsgraben gelegenen Brücke, der Spandauer Brücke, nach jener Landstraße gelangte. Der bisher vom Abbruch verschont gebliebene alte Verteidigungsturm an der Spandauer Straße war seit längerer Zeit zur Unterbringung von Artilleriematerial benützt worden. Im Jahre 1720 kam der Befehl, den Turm zu entleeren, um ihn abtragen zu können. Am Montag, den 12. August 1720 waren zwölf Bombardiere damit beschäftigt, die Munitionsvorräte aus dem Turm fortzuschaffen, als gegen 11 Uhr vormittags durch einen nicht aufgeklärten Zufall das vorhandene Pulver explodierte, der Turm mit schrecklichem Knall in fünf Stücke zersplitterte. Die Teile wurden durch die Gewalt des Pulvers in die Höhe geworfen, dann fielen sie auf die nächsten Gebäude nieder. Abgesehen von bedeutenden Beschädigungen der ganzen Umgegend, wurden der westliche Teil der erst am 1. Januar 1703 eingeweihten Garnisonkirche von der Spitze des alten Turmes getroffen, das Garnisonshaus und die östliche Ecke des daneben liegenden ehemaligen Baukommissariatshauses wurden vollständig zerrümmert. 72 Personen verloren ihr Leben. Noch im September 1720 begann der Neubau der Garnisonkirche, die abgebrochen werden mußte. Die „Zersprungung“ dieses Pulverturmes, wie es auf einem alten Stich heißt, war einer der größten Unglücksfälle, die Berlin je heimgesucht haben.

73]

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Der Vorsteher und seine Frau, die bei den Rothes tochte und die größere Arbeit verrichtete, denn das Fräulein beanspruchte allein einen Menschen, wunderten sich, daß das junge Mädchen oben so lange aushielt. So lange war noch keine dageblieben. Die anderen waren gleich nach drei Wochen ausgerückt, einige schon nach drei Tagen, die war nun schon drei Monate da. Das Fräulein Budel, wie Fräulein Rothe überall genannt wurde, war aber auch ein zu boshafter Teufel. Eine, die etwas auf sich hielt, ließ sich das nicht gefallen, und eine, die gesund war, machte lieber die schwerste Arbeit, als neben dem kleinen Sesselfchen zu sitzen. „Wie halten Sie das nur so lange aus?“ fragte die Frau Eva, als sie eines Morgens zusammen in der Küche Kaffee tranken. Eva gab keine Antwort, sie horchte gerade nach dem Zimmer hin, aus dem die scharfe Stimme jetzt gelte. Sie ließ ihren Kaffee stehen und stürzte hinein.

Die Budlige hatte eine Gewalt über Eva. Nicht die Furcht, ihre Stelle zu verlieren, war es, die Eva ihr so untertan machte. Das Bewußtsein, hier eine neben sich zu haben, noch dazu eine Gleichaltrige, eine, die ebenso wie sie schuldlos zu ihrem Unglück gekommen war, und die ihr dazu noch soviel unglücklicher erschien, als sie selber war, löste ihr ein Gefühl schmerzlicher Zuneigung ein. Ein Ritempfinden, das stark genug in ihr war, um sie Quälereien, Unfreundlichkeiten, Launenhaftigkeiten geduldig hinnehmen zu lassen. „Meine Schwester“ hätte sie immer sagen mögen, „o, du meine arme Schwester!“

Diesen Nachmittag war Sophie besonders schlechter Laune. Der Vater war schon gestrichelt, er war ausgegangen; in irgendeinem rauchigen Bierlokal oder stidigen Konzertgarten war es noch immer besser als daheim. „Ich kann es nicht aushalten,“ sagte er beim Fortgehen zu Eva. Er hatte Tränen in den Augen, und sein Gesicht war noch faltenreicher, noch bekümmert als sonst. „Sehen Sie zu, wie Sie mit ihr fertig werden. Es soll Ihr Schade nicht sein!“ Er legte dem Mädchen die Hand auf die Schulter und wiederholte nochmals: „Es soll Ihr Schade nicht sein. Ich werde mich Ihnen dankbar erzeigen.“

Aber deswegen tat es Eva ja nicht. Bortin hatte

Fräulein Sophiechen ihr den Teller, auf dem sie ihn ein Lörtchen mit Creme gefüllt, das sie sonst gerne aß, mitsamt dem Teller an den Kopf geworfen: „Ihr quält mich! Ich will keinen Kuchen. Brot will ich essen, Brot, das ich selber verdiene. Gesund will ich sein, keinen Buckel haben! Und euer Mitleid will ich auch nicht. Papa, gib mir meinen geraden Rücken wieder, meine gesunden Glieder!“ Sie bäumte ihre Zusammengefunkenheit auf; als der bekümmerte Vater sie streicheln wollte, stieß sie ihn von sich. Er hatte sich verzweifelt an den Kopf gefaßt: „Mein Gott, mein Gott!“

Eva hatte sich wortlos das Gesicht abgewischt, in das sie mitten hinein der Kuchen getroffen hatte, Creme und blättrige Krumen hatten ihre Nase und Wangen befeuchtet. Sie sagte auch noch nichts, als die Budlige jetzt laut auslachte. Sie hatte still die Scherben des zerschmetterten Tellers zusammengekehrt und hinausgetragen.

Jetzt ging sie wieder hinein. Fräulein Sophie fürs Bett zurechtzumachen. Alle Abend kämmte und bürtete sie ihr das Haar und wickelte es dann in Bichel, damit es am Morgen gelockt war. Es war des Fräuleins einzige Schönheit, weich und sehr voll; selbst die dunklen Augen, die sonst so leicht schön sind, waren es bei ihr nicht, dazu blickten sie viel zu scharf, zu grell, zu unruhig. Als heute Eva den Kamm durch die schwarze Mähne führte, strich sie, ohne daß sie es wußte, auch mit der anderen Hand, die keinen Kamm hielt, sanft darüber hin. Es war eine Liebföhlung. Ein heißes Mitgefühl war in ihr; ja, das Fräulein bereitete Leiden, sich und anderen, aber sich selber die meisten. Die Arme, sie litt tausendmal mehr! Ihr Lachen war nur Verzweiflung, ihr Schelten war nur Verzweiflung, ihr Ansehherumpfen war nur Verzweiflung, alles, was sie tat und dachte, alles, was sie schwer zu ertragen machte, aller Spott, alle Schärfe, sie waren Verzweiflung. Verzweiflung über ihre Zwergengestalt, Verzweiflung über den Buckel auf ihrem Rücken, der herausstand wie der Höcker bei einem Kamel, Verzweiflung über den Buckel auch auf ihrer Brust — alles Verzweiflung. Evas Hand streichelte wieder und wieder. Ach, wann kam dieser arme zermarterte Kopf in Ruhe?! Würdte sie doch jetzt sanft schlafen!

Die Budlige schien die Liebföhlung zu spüren, sie wendete pfühlich den Kopf, sie sah Eva an, als ob sie die auf einmal ganz anders sähe. Ihre Stimme quälte nicht mehr, wie die eines unartigen Kindes, ganz sanft flüsterte sie: „Du bist mir wohl böse?“

„O nein,“ sagte Eva.

„Wenn du wüßtest, wie unglücklich ich bin!“
 „Das weiß ich.“
 „Das weißt du?“ Die schwarzen Augen öffneten sich verwundert weit. „Wie wüßtest du das wissen?“
 „Ich bin selber unglücklich.“ Eva sagte es leise und senkte den Kopf.

Nun wurden die schwarzen Augen noch weiter, sie glänzten, sie funkelten auf, heißhungrig spähten sie aus nach anderer Unglück. O, das tat wohl, nicht sie allein, nicht nur sie auf der Welt war unglücklich, auch Eva! Das vergilbte Händchen strich der anderen die Wange: „Du mußt mir's einmal erzählen, Eva!“

In dieser Nacht schlief Eva vor Glück nicht, vor einem seltsamen Drang; es drängte sie zu jener hin, die dort im Bett ruhte, fast stehend, gestützt von vielen Kissen, deren Atem rassend und schnarrend ging, bedrängt und erschwert. So raffelte und schnarrte die Arme alle Nacht; Eva hörte es oft, sie hatte sich erst sehr daran gewöhnen müssen. Heute war es ihr kein Geräusch, das sie störte. Heute wußte sie, die dort im Bett, deren Atem so schwer rang, das war eine, der sie alles anvertrauen durfte. Sie war eine Schwester, so nah ihr verwandt, als hätte die gleiche Mutter sie beide geboren — eine Schwester im Unglück. O, das tat wohl! Es würde eine Erlösung sein, einmal von sich selber sprechen zu können. Bis jetzt hatte sie ja niemand gefragt: wie sieht es in dir aus? Nicht all die Leute, mit denen sie gelebt hatte, auch die nicht, die gut zu ihr gewesen waren, nicht Johanna, nicht Albert, nicht die Frau Doktor, nicht einmal Frau Wessel. Sie war einsam, furchtbar einsam gewesen, überall, einsam seit ihrer Mutter Tod. Nur bei Vergehen war es anders gewesen — aber das Rehte, das Schwerkste hatte sie der doch auch nicht erzählt. Hier, zur Gleichaltrigen, zu der gleich ihr vom Unglück schwer Belasteten, zu ihrer Sophie würde sie sprechen.

„Wir wollen uns duzen,“ hatte das Fräulein noch gestern abend gesagt. „Ich bin froh, daß du bei mir bist. Nun habe ich eine Seele, die mich versteht. Ach, Eva, vielleicht daß ich den Haß dann los werde, den Haß auf meine verstorbene Mutter, daß sie mich geboren hat, den Haß auf diese Magd, die mich hüten sollte und nicht aufpaßte. Nach ihrem Kerl spähte sie aus, ließ mich allein am Fenster — drei Jahre war ich.“ Die Verworfene schüttelte sich erregt wie im Fieber: „Ich stuche ihnen, ich stuche ihnen!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Bezirken.

2. Bezirk — Tiergarten.

Die Bezirksversammlung nahm die Neuwahl des Vorstandes vor. Zum Vorsteher gewählt wurde Genosse Subity mit 38 gegen 24 Stimmen. Zu Stellvertretern wurden wieder Radtsen (Dem.) und Stein (Komm.) gewählt. Zur Verhandlung kamen dann Anträge, die sich mit der Erwerbslosenfrage befaßten. Nachdem die Kommunisten die Anträge begründet hatten, schied die Deutschnationalen den Arbeiter ihrer Fraktion vor. Der empfindliche Erwerbslose, sich im Bedarfsfall an den Wohlfahrtskommissionen vorsetzen zu lassen. Unsere Genossen nahmen sofort Anlaß, die Erwerbslosen darauf hinzuweisen, daß der deutschnationale Vertreter nicht einmal imstande war, ihnen einen gangbaren Weg zu zeigen, um ihre Wünsche vorzubringen. Es folgte dann die Stadtratsberatung. Nach eingehender Debatte, an der sich alle Parteien beteiligten, wurde der Etat angenommen. Zum Schluß wurde ohne Debatte noch eine Reihe von Anträgen angenommen, die alle darauf bezugsingen, den bei der Explosion in der Kirchstraße Geschädigten und Verunglückten weitgehende Hilfe zu sichern.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Die vorletzte Bezirksversammlung erlebte die Neuwahlen durch die Wiederwahl des alten Vorstandes und der Beisitzer. Zu den Erwerbslosenangelegenheiten der SPD. hatte der zu ihrer Vorbereitung eingesetzte Ausschuss eine Entschließung gefaßt, in der das Bezirksamt ersucht wird, beim Magistrat dafür einzutreten, daß dieser sich bei der Reichsregierung dafür einsetzt, daß den Erwerbslosen die Unterstützung nach Sagen, die wesentlich über die jetzt geliebten hinausgehen, für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit gezahlt wird, daß die Kurzarbeiterunterstützung wieder eingeführt, den Arbeitern und Angestellten, die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zahlen, ein Rechtsanspruch auf die Unterstützung zu sichern ist. Die Gewährung einer Unterstützung darf nicht von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden. Die Bezirksversammlung richtete an das Bezirksamt weiter das Ersuchen, beim Magistrat darauf zu dringen, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, damit die vom Landesarbeitsamt bewilligte Förderung von Kostendarstellungen schleunigst in Angriff genommen werden kann, und den Erwerbslosen mit einem Hausstand auf Antrag die Gebühren für die Benutzung von Gas und Elektrizität zu ermäßigen oder ganz zu erlassen.

Bei der Aussprache zeigte es sich, daß es die SPD. nur auf die große Seite nach oben abgeben konnte. Der Ausschussantrag fand schließlich einstimmige Annahme. — Bei der Beratung des Haushaltsentwurfs sprach für die SPD.-Fraktion Genosse Pöhlings. Kapitel I des verbesserten Entwurfs wurde einstimmig angenommen. Um 11 Uhr wurden die Beratungen abgebrochen.

Die am 13. d. M. verteilte Bezirksversammlung fand am letzten Mittwoch ihre Fortsetzung. Die ersten Kapitel des Haushalts fanden ohne Debatte nach den Vorschlägen des Ausschusses Annahme. Beim Kapitel „Jugendpflege und Erziehungsmaßnahmen“ unternahm die Deutschnationalen einen Vorstoß gegen die von unseren Genossen in mühevoller Weise durchgeführte Arbeit. Der deutschnationale Lehrer Jakobski nahm als Unterlage für seine Ausführungen einen Artikel des „Sozialen Zeigers“, der Anfang dieses Monats unter dem Titel „Sozialistische Jugendpflege“ erschien und sich mit der Weihnachtsbuchausstellung des Jugendamtes beschäftigte. Die Ausstellung einiger vom Verlag Dietz gelieferter Bücher wurde als „Partei-propaganda schlimmster Art“ bezeichnet, für die sogar die Schulen herangezogen worden seien, trotzdem ein Erlass des Kultusministers sich gegen die politische Propaganda in den Schulen gewandt habe. Besonders haben es dem Herrn die Deppnis-Mieder von Arns Holz und Hobanns „Bud und Wadel“ angetan. Man sieht es dabei den Herren von der Rechten an, daß es ihnen hierbei nur darauf ankam, gute und wichtige Arbeit, die im Interesse der Jugend geleistet wurde, herunterzureißen. Das wurde auch insbesondere von den Rednern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte erkennen. Diese und die Kommunisten hielten die Arbeit des Jugendamtes gut, während Gen. Theet als Redner unserer Fraktion den Deutschnationalen einseitige Spiegelbilder aus der jugendpflegerischen Arbeit ihrer eigenen Kreise vor Augen führte. Genosse Stadtrat Riedt trat als Vertreter des Bezirksamtes den Angriffen entgegen. Als darauf der deutschnationale Lehrer Treitin die „alte geschichtliche Wahrheit im Vorzimmer Geist“ zu feiern versuchte, gingen die weiteren Ausführungen bei der allgemeinen Heiterkeit verloren. — Bei der weiteren Beratung des Haushalts stellten die Kommunisten Anträge auf Erhöhung der Positionen. Sie wurden vom Genossen Pöhlings darauf verwiesen, daß es hier nur gilt, eine Bedarfsaufstellung zu machen, da die meisten Punkte schon durch gesetzliche Normen festgelegt sind und daß nur die Stadtverordnetenversammlung weitergehender beschließen könne. Als der Wortmeldung eines Kommunisten nicht gleich stattgegeben wurde, entstand ein Tumult, der ein weiteres Verhandeln unmöglich machte. Erst nach 10 Minuten wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Kommunist Barz begann eine wahre Schimpftirade gegen unsere Genossen. Bei dieser Gelegenheit muß einmal gesagt werden, daß es in dieser Weise nicht weitergehen kann. Alle Rücksichten auf die Kommunisten

sind zwecklos, wenn diese den so gewonnenen Boden nur an Feilkaufaren und Schurkmaschinen gegen unsere Partei ausnutzen. — Die Versammlung wurde vertagt.

6. Bezirk — Kreuzberg.

In der Bezirksversammlung am 20. Januar ergab die Wahl des Vorstandes eine Zusammenlegung nach dem Stärkeverhältnis der Parteien mit unserem Genossen Gerber als Vorsteher. Vorher machte Pfarrer Koch den Versuch, bei Gelegenheit eines Einspruchs gegen einen Dringlichkeitsantrag eine Geschäftsordnungsdebatte zu entfesseln. Da dieser Versuch mißlang, packte er kurzerhand seine Sachen, entfernte sich und trug somit viel zum geordneten Fortgang der folgenden Tagesordnung bei. In der Stadtratsberatung wurden die einzelnen Kapitel mit allen dazu gestellten Anträgen angenommen, trotzdem beim Kapitel „Wohlfahrtsamt“ die Deutschnationalen einen Vorstoß gegen den wissenschaftlichen Hilfsarbeiter — einen Mann mit hohen Fähigkeiten — unternahm.

8. Bezirk — Spandau.

In der ersten Sitzung nach Neujahr wurde der bisherige Vorsteher, Genosse Münzinger, ohne Widerspruch gewählt. Als sein Stellvertreter ging der Bezirksverordnete Bleichmann (D. Sp.) aus der Zeitwahl hervor, ebenso ein Beisitzer in der Person des Bezirksverordneten Degenhardt (Dnat.). Der erste Schriftführer und sein Stellvertreter wurden durch Juruf gewählt. Der Schriftführer entfiel auf die SPD., der Stellvertreter auf die SPD. Es sind die Bezirksverordneten Reichert und Mühl. Der Vorstand wird also gebildet aus zwei Mitgliedern der SPD., zwei Mitgliedern der Freien Vereinigung (Dnat. und D. Sp.), einem Mitglied der SPD. Die Mitte (Zentrum und Demokraten) ging leer aus, sie hatten keinen Wert auf eine Befragung des Präsidiums gelegt. Mit Hilfe der sozialistischen Mehrheit gelang es, die Genossin Rosni als Mitglied in den Straßensitzungsbeirat zu entsenden, die Schung für die Wohlfahrtspflege in unserem Sinne abzuändern, in der Weise, daß ein Lehrer und eine Lehrerin von der Bezirksversammlung gewählt werden und daß in den Verwaltungsausschuss außer dem evangelischen und katholischen Geistlichen und dem Rabbiner auch ein Vertreter der Freidenker entsendet wird. Der Bezirkschulausschuss wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Wahl der Mitglieder konnte nicht erfolgen, da von der Linken ein Änderungsantrag eingebracht worden war, der bestimmte, daß die Zahl der stimmberechtigten Bürger von vier auf drei herabgesetzt wurde. Bei der Wahl für die Bezirkschuldeputation hatten SPD. und KPD. die Listen verbunden. Es entfielen daher bei der Verhältniswahl auf die SPD. drei Sitze, auf die Rechte zwei Sitze für die Bezirksverordneten und für die stimmberechtigten Bürger. Im Hauptinteresse der Beratung stand der Bericht der Kommission betreffend den kommunistischen Antrag über die Verringerung der Rote der Arbeitslosen. Der Stadtverordnete Sellheim benutzte natürlich die Gelegenheit, um vor den überfüllten Tribünen eine demagogische Propagandarede zu halten, in welcher er alle anderen Parteien des Hauses, außer seiner, mit reichlichen Vorwürfen bedachte. Nach stundenlangen Debatten über diese Frage wurde die Sitzung vertagt.

9. Bezirk — Wilmersdorf.

Auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung der neugewählten Bezirksversammlung stand die Wahl von sieben unbesetzten Stadtraten. Durch die Vereinbarung unserer Fraktion mit den Demokraten wurde es möglich, die Wahl von zwei Sozialdemokraten durchzusetzen, während andernfalls nur ein Mandat auf unsere Fraktion entfallen wäre. Dadurch sind die beiden, durch ihre langjährige Tätigkeit auf dem Gebiete der kommunalen Selbstverwaltung außerordentlich bewährten Genossen Doppel und Emmel wiederum Mitglieder des im übrigen — bis auf einen Demokraten — durchaus rechts gerichteten Stadtratskollegiums geworden. Im übrigen zeigte sich bei der Wahl von Mitgliedern der Ausschüsse und Deputationen, daß die Rechtsparteien ihre einzige Mehrheit bedeutungslos auszunutzen gelungen sind, ohne auf die Minderheit, in diesem Falle die Kommunisten, die geringste Rücksicht zu nehmen. In dieser Einstellung auf den Wahlstandpunkt ändert auch nichts ihre Zustimmung zu einer Entschließung, die einen erneuten scharfen Protest enthält gegen die Zuerkennung eines großen Geländes im Dauerwaldgebiet am Grünwaldsee durch den Magistrat an einen hochjudalen Tennisclub, die — zu spät — kaum irgendwelchen praktischen Erfolg haben wird. Ebenfalls werden unsere Bezirksverordneten im weiteren Verlauf der Bezirksversammlungsarbeit vor scharfen Kämpfen stehen, und zwar bei der Wahrung der Interessen der minderbemittelten Bevölkerung hinsichtlich der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge, der geplanten Bauvorhaben, der Erhaltung der Kleingärten, sowie auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge.

11. Bezirk — Schöneberg.

Die letzte Bezirksverordnetenversammlung wählte Twers (Dnat.) zum Vorsteher, Genossen Flatau zum Stellvertreter. Zu unbesetzten Bezirksamtsmitgliedern wurden die Genossen Herbers und Wendi gewählt. Bei der Berichtserstattung über einige von den Kommunisten gestellten Anträge, über die der Genosse Kam-

rowski berichtete, entspann sich eine lebhafteste Debatte. Die Kommunisten hatten für reichliche Beschäftigung der Tribüne Sorge getragen. Der Tumult in der Versammlung war so groß, daß trotz wiederholten Ermahnens der Vorsteher die Verhandlungen unterbrochen und die Tribünen polizeilich räumen ließ. Bemerkenswert ist es, daß dieses zum erstenmal in Schöneberg eingetreten ist. Erst nachdem die Tribünen geräumt waren, konnte die Versammlung mit ihrer Weiterarbeit beginnen. Bei der Beratung des Haushaltsvorschlages für 1926 haben die Kommunisten ungefähr 20 Anträge gestellt. Bemerklich muß hierbei werden, daß sie im Ausschuss nicht einen einzigen Antrag gestellt und den einzelnen Entschlüssen zugestimmt hatten. Bei dem von uns gestellten Antrag, wieder Mittel einzustellen, um städtische Fischverkaufsstellen zu errichten, wie Schöneberg sie bereits früher hatte, kam es zu einer lebhaften Aussprache. Von dem demokratischen Bezirksverordneten Machowicz und unserem Genossen Czeminzki wurde die Forderung eifrig unterstützt und von dem Wirtschaftsparteiler und unbesetzten Stadtrat Pante bekämpft, der von der Annahme dieses Antrages befürchtete, daß die Fischhändler hierdurch einen Schaden erleiden könnten. Das ist derselbe Herr, auf dessen Drängen das Bezirksamt die sehr gut gehende und gut eingerichtete Fischhalle verkaufen mußte. Die Fischhalle hatte es bei ihrem Bestehen zu einem von Jahr zu Jahr steigenden Ueberschuß gebracht, der sich bis zum Beginn des Krieges auf die sehr ansehnliche Summe von 42000 Goldmark steigerte. Die Arbeiterchaft Schönebergs hat mit Vorliebe ihre Einkäufe dort befragt, weil sie gut bedient wurde und stets frische Ware erhielt. Durch eine vernünftige Propaganda erhöhte sich der Verkauf von Jahr zu Jahr. Dies war den Wirtschaftsparteilern ein Dorn im Auge und so mußte die Seefischhalle verschwinden. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der fünf Mann starken Fraktion der Volkspartei wurde der Antrag mit den Stimmen unserer Genossen, des Zentrums, der Demokraten, der Kommunisten und zwei Volksparteilern angenommen. Der Haushaltsvorschlages wurde nach eingehender Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten verabschiedet.

14. Bezirk — Neukölln.

Die Bezirksversammlung beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Mittwoch, den 20. Januar, zuerst mit der Wahl des Vorstandes. Durch Juruf wurde Genosse Heitmann wieder zum Vorsteher gewählt. Das Bezirksamt setzt sich nunmehr zusammen aus 14 Mitgliedern, von denen 9 der SPD., 3 der KPD. und 2 bürgerlichen Parteien angehören.

Der Bezirkshaushaltsvorschlages wurde mit den Beschlüssen des Bezirksamtes und des Haushaltsausschusses gutgeheißen. Auch unser Redner, Genosse Keller, erklärte die Zustimmung der Fraktion. Die KPD. marschierte, um die zahlreich vorhandenen Tribünenbesucher zufriedenzustellen, mit einer Serie von Anträgen auf, trotzdem ihre Vertreter in den Sitzungen des Haushaltsausschusses alles gutgeheißen und keinen einzigen Antrag gestellt hatten. Ihr Redner, Herr Kadbach, hatte sehr viel an der Bedarfsanmeldung auszuheben und er gab sich Mühe, bei der Begründung der vielen Anträge keine Fiktionen zuzulassen und trotzdem die Würde als neugewählter Stadtrat zu wahren. Als sie dann dem Etat zustimmten, gab es auf den Tribünen lange Geschrei und im Sitzungssaal schallende Heiterkeit. Danach anschließend wurden nach kurzer Debatte zwei wichtige Vorlagen des Bezirksamtes angenommen. Die eine, Errichtung einer Gemeindehalle auf dem Gelände des Rittergutes Brügge, die andere, Bau einer höheren Schule auf demselben Gelände. Hierbei demängelte ein Kommunist die unterschiedlichen Kostenanschläge beider Schulen. Der Beigeordnete des Bauwesens, Stadtrat Dufe (KPD.) befaßte die Erzeugung markierender Gemüter seiner Parteifreunde mit dem Hinweis, daß allein schon die Tatsache, daß die höhere Schule von Schulern bis zum 18. Lebensjahre besucht werde, eine Mehrausgabe für Bau und Einrichtung rechtfertige. Beim nächsten Punkt handelte es sich um einen Antrag unserer Fraktion betreffend Erhöhung der Verdienstleistungen in den städtischen Krankenanstalten. Genosse Grabe begründete eingehend die Notwendigkeit.

Nunmehr erfolgte die Beratung von Anträgen der SPD. betr. Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung der wirtschaftlichen Notlage der Bedürftigen und Erwerbslosen. Dieser Antrag, vom Genossen Heitmann eingehend begründet, wurde mit ähnlich lautenden Anträgen der KPD.-Fraktion einen Ausschuss überwiesen, welcher schnellstens eine eingehende Durchberatung und Beratschuldung vornehmen soll. Von allen Fraktionen wurde betont, daß die Notlage in dem Arbeiterbezirk Neukölln über alle Maßen groß, ja bedrückend sei, und daß Reich und Staat, aber auch der Magistrat an diesen Tatsachen nicht vorbegehen sollten.

15. Bezirk — Treptow.

Die am 6. Januar abgehaltene Bezirksversammlung wurde durch das älteste Mitglied, Genossin Bundesmann, eröffnet. Einstimmig wurde Genosse Wilhelm Strieder zum Vorsteher gewählt. Da die Kommunisten bei jedem weiteren Posten im Vorstande der Versammlung Vorschläge machten, mußte zur Zeitwahl geschrieben werden. Unter anderen wurde als Beisitzer Genosse Dörsen gewählt. Dem Abschluß eines Kaufvertrages mit dem Kleinwohnungsbau G e-

15. BERLINER 6-TAGE-RENNEN

2. Dresdener
6-Tage-Rennen
1., 2., 3., 4. u. 5. Preis
auf
ARCONA-
Rad gewonnen

Sieger: Mac Namara-Horan
auf

ARCONA-RAD

Wieder ein Beweis der großen Klasse und Qualität

5. Berliner
6-Tage-Rennen
2., 4., 5. u. 6. Preis
auf
ARCONA-
Rad gewonnen

ERNST MACHNOW, BERLIN C 54, Weinmeisterstraße 14

Kataloge nach auswärts gratis und franko

meinwüchsiges Sozialgesetz m. L. A. in Sozialversicherungs-
 1926 wurde in zweiter Lesung, die in der vorigen Sitzung von
 den Kommunisten beantragt war, diesmal einstimmig zu-
 gestimmt. Geräumige Zeit nahmen die Wähler zu den Bezirks-
 deputationen in Anspruch. Den Kommunisten und den Mitgliedern
 des Blockes der Mitte war in der Sitzung des Wahlausschusses
 empfohlen worden, sich über die Befehung je eines Mitgliedes in
 fünf Deputationen zu einigen, da sonst das Los entscheiden müsse.
 Beide Fraktionen hatten eine Einigung in Aussicht gestellt. In der
 Bezirksversammlung beantragten die Kommunisten jedoch Zerteilung.
 Das Los mußte entscheiden. Der Bezirksverordnete Wolf (KPD.)
 zog das Los zugunsten der Bürgerlichen. Die Empörung, die hier-
 über bei der KPD. Platz griff und die sich auch der Tribünenbesucher
 bemächtigte, war in diesem Falle sicherlich unangebracht. Als Mit-
 glied der gemäß § 28 des Gesetzes Groß-Berlin zu bildenden Schieds-
 stelle wurde der Genosse Strieder gewählt. Die Kommunisten
 glaubten dann Obstruktionspolitik treiben zu müssen. Sie be-
 antragten zwei Bauvorlagen, die völlig klar waren, in zwei Lesungen
 zu verhandeln. Die Bezirksversammlung nahm die Laie von ver-
 schiedenen bis her noch namenlosen Straßen vor. Auf eine Anfrage
 der KPD., betr. Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung, gab
 Genosse Stadtrat Peters die Antwort. Von der SPD-Fraktion
 lag ein Antrag vor, die Straßenbahndirektion aufzufordern, in den
 verkehrsreichen Zeiten bei den Wagen der Straßenbahnlinien 87,
 187 und 93 Anhänger zu führen. Wir beantragten weiter, die
 Linie 88 bis Oberhönneweide zu verlängern. Genosse Stadtverordneter
 Reimann gab einen eingehenden Bericht über das Straßenbahn-
 wesen in Groß-Berlin. Unser Antrag fand einstimmig
 Annahme. Ein Antrag der Fraktion Block der Mitte, die Turn-
 hallen nur für turnerische Zwecke zu benutzen, wurde abgelehnt. Die
 KPD. glaubte die Versammlung mit einem endlosen Antrage in der
 Erwerbslosenfrage bedenden zu sollen. Nicht weniger als 10 Forde-
 rungen mit allem möglichen Beiwerk wurden erhoben. Da in dem
 Antrage Ausgaben vorgelesen waren, beantragte unsere Fraktion
 geschäftsordnungsgemäß, diesen Antrag dem zuständigen Ausschuss
 der Versammlung zur Durchberatung zu überweisen. Die KPD.,
 die vier oder fünf Redner zu dieser Angelegenheit stellte, verlangte
 unbedingt die sofortige Verabschiedung dieses Antrages. Als sie
 jedoch merkte, daß unsere Fraktion fest blieb, erklärten sie, daß sie
 mit einer Ueberweisung an den Rechnungsausschuss einverstanden
 seien, jedoch wünschten, daß der gewählte Erwerbsloserrat schon heute
 anerkannt wird. Unsere Fraktion konnte dieser Forderung unendlich
 zustimmen, da auch diese Frage nur einheitlich in der gesamt-
 städtischen Berlin behandelt werden kann. Ein weiterer
 kommunistischer Redner glaubte sich dadurch besonders hervorheben
 zu können, daß er unseren Genossen Hermann Wempert, der sich
 an der ganzen Debatte nicht beteiligt hatte, persönlich angriff. Unter
 allgemeiner Unruhe ging die Versammlung auseinander.

16. Bezirk — Köpenick.

Die Bezirksversammlung beschäftigte sich in ihrer Sitzung am
 20. d. M. in der Hauptsache mit der Beratung des Haus-
 haltsplanes für 1926. Genosse Reuter berichtete als Vor-
 sitzender des Finanzausschusses über das Ergebnis der Beratungen
 dieses Ausschusses, erklärte die dabei getroffenen Aenderungen und
 empfahl die Annahme des Gesamtatats. In der Generaldebatte stellte
 der Vertreter der kommunistischen Fraktion Rebe Anträge in Aus-
 sicht, die bei der Spezialberatung eingebracht, größtenteils der Ab-
 lehnung verfielen. Von der deutschnationalen Fraktion nahm der Be-
 zirksverordnete Stein bemerkenswerterweise in zustimmendem
 Sinne zu der Vorlage Stellung, um zum Schluß auch die Zustim-
 mung seiner Fraktion zum Gesamtatat zu sichern. Die liberale
 bürgerliche Fraktion ließ durch ihren Vertreter Seier gleichfalls
 die Zustimmung ausdrücken. Genosse Reuter gab in seinem Schluß-
 resumé der Genehmigung Ausdruck, daß die erhebliche Tätigkeit
 unserer Fraktion zu praktischer kommunaler Mitarbeit endlich auch
 auf der anderen Seite des Hauses Boden gefaßt habe, verwies aber
 auch auf die unfruchtbare negierende Tätigkeit der Kommunisten. Die
 Spezialberatung zeitigte die Annahme der vom Ausschuss und unserer
 Fraktion beantragten Aenderungen, die sich u. a. auf den Schul-
 neubau in Rahnsdorf, Wilhelmshagen-Helsen-
 winkel, die Ausstattung von Kinderhorten, freie Ver-
 mittel in den Volksschulen, Schülerpersönung, Brausefabri-
 in den Volksschulen u. a. bezogen. In der Gesamtstimmung wurde
 der Haushaltsplan, der in der Endsumme 10 470 120 M. auswies
 und mit 202 640 M. entgegen dem vorgelegten Entwurf ver-
 stärkt war, gegen die Stimmen der Kommunisten ange-
 nommen. Diese auch Vertreter der werktätigen Bevölkerung brachte

dennoch zum Ausdruck, daß sie für eine Verdrückung der wirtschaft-
 lichen Lage der Arbeiterschaft, die sich naturgemäß nach der Finanz-
 lage der Stadt richten muß, kein Verständnis haben. Dies und
 manches andere Zutreffende mußte sich ihr Vertreter von unseren
 und den bürgerlichen Rednern ins Stammbuch schreiben lassen. Nach
 Verabschiedung des Etats verfiel die Sitzung der Vertagung.

18. Bezirk — Weißensee.

Nachdem am 16. Dezember 1925 in der ersten Sitzung der neuen
 Bezirksversammlung nach der Einführung die Wahl der notwendigen
 Ausschüsse stattgefunden hatte, konnte gestern die Bezirksversam-
 lung mit ihren Arbeiten beginnen. Bei der Vorstandswahl wurde
 unser Genosse, der bisherige Vorsteher Thiele, ohne Widerspruch
 zum Vorstehenden wiedergewählt. Die Deutschnationalen erhoben
 Anspruch auf den Stellvertreter, desgleichen auch die gleich starke
 Fraktion der bürgerlichen Arbeiterschaft, deren Kandidat mit
 unserer Unterstützung gewählt wurde. Da erstere daraufhin, ebenso
 wie auch die Kommunisten, für die weitere Befehung des Bureaus
 keine Vorschläge machten, wurde dieses von der SPD. und den Ar-
 beitersgemeinschaftlern vervollständigt. Nach Erledigung einiger
 anderer unwesentlicher Punkte fand dann die Wahl des stellver-

Kommunale Konferenz

heute, Freitag, den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr
 im Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof links 3 Tr.

Es nehmen teil: Der Vorstand der Stadtverordnetenfraktion,
 die SPD.-Mitglieder des Magistrats, die Vorstehenden und
 Schriftführer der Bezirksfraktionen, die parteigenösslichen
 Mitglieder der Bezirksämter, sowie die SPD.-Vorsteher der
 Bezirksversammlungen und der engerer Bezirksvorstand.

retenden Bürgermeisters und der vier unbesetzten Stadträte statt.
 Der erstere Posten war seit dem schon im Mai vorigen Jahrs
 erfolglos von unserem Genossen Laubmann unbesetzt geblieben.
 Damals erhob die KPD. Anspruch darauf, und aus eigener Kraft
 war es uns nicht möglich, unseren Kandidaten durchzubringen. Die
 Bürgerlichen, insbesondere die Deutschnationalen und Volksparteiler,
 verdrückten erst, die Wahl überhaupt zu hintertreiben, und wandten
 sich mit einem diesbezüglichen Schreiben an den Oberpräsidenten.
 Dieser gab jedoch kurz vor den Neuwahlen die Stelle frei. Nun ver-
 suchten die Rechtsparteiler ein Ueberrumpelungsmandat. Einer
 unserer Genossen war schwer erkrankt. Dadurch war das Stärke-
 verhältnis zwischen der Rechten und der Linken gleich. Durch das
 geschlossene Auftreten der Linken erlebte die Rechtsparteiler damals
 ein Fiasko. Nachdem nunmehr die KPD. ihren Anspruch aufgegeben
 hatte, konnte unser Kandidat, Stadtverordneter Genosse Reimann,
 mit den 16 Stimmen (11 SPD. und 5 KPD.) der Linken gegen die
 14 der rechten Kompromißkandidaten vereinigten Bürgerlichen
 als stellvertretender Bürgermeister gewählt werden. Bei der Wahl
 der unbesetzten Stadträte entsfielen, entsprechend dem Stärken-
 verhältnis der Fraktion, auf jede einzelne ein Mandat. Dabei bedurfte
 die KPD. unserer Unterstützung, da einer ihrer Vertreter infolge
 Niederlegung seines Mandats an der Sitzung nicht teilnahm und der
 Ersatzmann noch nicht einberufen ist. Es folgte dann die reibungs-
 lose Erledigung der umfangreichen Tagesordnung. Zum Schluß
 redete ein Redner der KPD. bei der Begründung eines von den
 Kommunisten eingebrachten sog. Dringlichkeitsantrages, der eine
 Willensänderung im Sinne der von der KPD. propagierten Ent-
 eignung der Fürsten verlangte, die gesamten bürgerlichen Vertreter
 zum Saale hinaus. Dann wurde unter allgemeiner Heiterkeit der
 Zurückgebliebenen, ohne daß eine Abstimmung über den Antrag
 stattfand, die Sitzung geschlossen.

19. Bezirk — Pantow.

Die erste Bezirksverordnetenversammlung im neuen Jahre er-
 gab eine große Ueberraschung. Unser Genosse Kramer wurde zum
 Vorsteher der Versammlung gewählt. Trozdem die SPD. schon
 immer die stärkste Fraktion war, zeigte die Mehrheit der Ver-
 sammlung kein Verständnis für die parlamentarische Forderung, das
 Recht der stärksten Fraktion zu sichern. Die Kommunisten stellten den
 Bezirksverordneten Rieger auf, die Deutschnationalen Hürigen und
 die Demokraten Müller. Da die Kommunisten gleich im ersten
 Wahlgang für Kramer stimmten, wurde dieser mit 22 Stimmen ge-
 wählt. Müller erhielt 7, Hürigen 12 Stimmen. Drei Zettel waren
 unbeschrieben. Nach Verkündung des Resultates trat lautlose Stille

ein, auf einen Gefächern konnte man große Ueberraschung ablesen.
 Der Berichterstatter unseres „objektiven“ Ortsblättchens brachte wohl
 die Zahlen 7 und 12, konnte aber nicht bis 22 zählen. Dagegen
 spricht er von einem „Linkskabinett“ und noch einer kleinen, runden
 Fälschung, die er dem Kommunisten Rieger anhängt: „Ja, das sind
 die ersten Folgen der mangelnden Wahlbeteiligung.“ Wenn er die
 Berichterstaltung so fortsetzt, indem er die Ausführungen unserer
 Redner dem Leser unterschlägt und nur unsere Namen nicht
 nennt, braucht er sich nicht zu wundern, wenn durch die Wiedergabe der
 Reden der bürgerlichen Parteien so wenig Interesse bei den Wählern
 erzielt wird. Als Stellvertreter wurden gewählt Rieger und Lange
 (KPD.). Als Beisitzer Gubig, Loesner, als Stellvertreter Schulz und
 Baganz (SPD.). Die Anfrage der Kommunisten, warum aus dem
 städtischen Gut in Blankensee mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen
 auf die Straße gesetzt wurden, gab unserem Genossen Loesner Ge-
 legenheit, den Vorfall und dabei das gesamte Verhalten der Güter
 B. m. b. H. eingehend zu beleuchten. Ein eingeleiteter Ausschuss
 soll noch einmal eingehend die Dinge prüfen. Das Bezirksamt
 forderte in einer Vorlage die Zustimmung zum Abschluß eines Miet-
 vertrages über Räume in der Riffingenstraße 48 zur Errichtung
 eines Jugendheimes. Genosse Rühlmann stellte dem
 Antrag, die Räume auch als Kinder garten und Hort zu be-
 nutzen. Trozdem der Mietpreis von 2200 M. sehr hoch erscheint,
 wurde der Vertrag gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei ange-
 nommen. Genosse Kramer begründete hierauf einen Antrag, der sich
 erneut mit der Grundwasserfrage in Riederhön-
 hausen beschäftigt. Er verlangte dabei, daß das Bezirksamt einen
 Sachverständigen hinzuziehen solle, um endlich die immer wieder-
 kehrenden Klagen und Beschwerden aus der Welt schaffen zu können.

20. Bezirk — Reinickendorf.

Die Bezirksversammlung am 13. Januar begann mit einer kom-
 munistischen Anfrage, weshalb ein Schupoausgebot bestellt wäre. Der
 Vorsitzende Genosse Rogoll erklärte, die Polizei habe in Er-
 forderung gebracht, daß in einer Erwerbslosenversammlung der Be-
 schluss gefaßt wurde, die Bezirksversammlung zu sprengen und des-
 halb sei zwecks ordnungsmäßiger Durchführung der Sitzung, eine
 Sicherung von Polizei wegen vorgenommen worden. Tatsächlich
 war die Tribüne schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt und
 viele mußten abgewiesen werden. Bei der Neuwahl des Vorstandes
 wurde Genosse Rogoll, nachdem sich die Kommunisten gegen
 seine Wiederwahl zum Vorsteher ausgesprochen hatten, mit
 31 Stimmen gewählt. Die übrige Wahl der Mitglieder des Vor-
 standes ging durch Jurauf vor sich. Von den Kommunisten war an
 das Bezirksamt die Anfrage gerichtet, warum an den ehemaligen
 Leiter des Arbeitsamtes, Herrn Fischer, eine Abfindung von 4500 M.
 gezahlt worden sei. Darauf gab der Bürgermeister die nötigen Er-
 läuterungen und wies die Kommunisten darauf hin, daß ihnen frei
 stünde, gegen ihn und die Bezirksmitglieder das Disziplinarverfahren
 zu beantragen. Als die Kommunisten erklärten, daß Herr Fischer
 wegen seines Lebenswandels doch bald vom Amte hätte entfernt
 werden können, hielt ihnen unser Genosse Wollschläger ent-
 gegen, daß doch gerade der ehemalige kommunistische Stadtrat
 Fischer den genannten Herrn zum Mißgeburten machen wollte.
 Der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen das Bezirksamt
 wegen der Abfindungssumme wurde von der Versammlung abge-
 lehnt. Eine Anfrage unserer Fraktion an das Bezirksamt wegen
 Räumung der mit Wohnungen besetzten Kleingärten an der Leich-
 straße zur Erweiterung des Gemeindefriedhofes wurde nicht zu-
 friedenstellend beantwortet. Genosse Wilsdorf wies in der Aus-
 sprache auf die großen Härten gegen die betroffenen Klein-
 gärtner hin und beantragte die nochmalige Behandlung dieser An-
 gelegenheit in der zuständigen Deputation, was auch beschlossen
 wurde. Wegen der Verlegung der Polizeiwache in der
 Granatenstraße beantragten die Bürgerlichen, das Bezirksamt zu er-
 suchen, auf das Polizeiamt Reinickendorf einzuwirken, die Wache
 in derselben Gegend zu besetzen und nicht nach Marktstraße 12 zu
 verlegen. Genosse Koch erklärte, daß unsere Fraktion damit ein-
 verstanden sei, er sich aber sehr wundere, daß der Antrag vom Be-
 zirksverordneten Engel (Wirtschaftspartei) komme, der ursprünglich
 mit der Verlegung einverstanden war. Das Haus Marktstraße 12
 gehört bekanntlich dem demokratischen Bezirksverordneten Brede-
 r e d. Wie es heißt, wollte der Bezirksverordnete Engel gern Stadt-
 rat werden. Um dazu die Stimmen der Demokraten zu erlangen,
 bot er an, für die Verlegung der Polizeiwache nach der Markt-
 straße 12 einzutreten. Da das Geschäft nicht gelungen ist, kommt
 jetzt dieser Antrag.

Constantin
Cigaretten



ACO
SILBER



Unverändert
in Preis u. Güte

HERMANN Billige Lebensmittel

| | | | | |
|--|--|---|--|--|
| <p>Frisches Fleisch</p> <p>Suppentfleisch Pfund 60 Pf.</p> <p>Fehrippe u. Brust Pfund 70 Pf.</p> <p>Prima Schmorfleisch a. Knoch. Pfund 1,10</p> <p>Prima Rouladen Pfund 1,20</p> <p>Schinken u. Schulterblatt Pfund 1,00</p> <p>Schweinebauch ohne Beilage Pfund 1,00</p> <p>Lieser Pfund 95 Pf.</p> <p>Kalbskamm Pfund 75 Pf.</p> <p>Kasseler Pfund 1,30</p> <p>Eisbein mit Spitzbein, gepökelt. Pfund 72 Pf.</p> <p>Fr. Schweineköpfe od. Lende Pfund 56 Pf.</p> <p>Ausgelassener Taig Pfund 60 Pf.</p> <p>Gefrierfleisch</p> <p>Pa. Ochsenbrust Pfund 54 Pf.</p> <p>Pa. Ochsenkamm Pfund 56 Pf.</p> <p>Cchsen-Schmorfleisch a. Knoch. Pfund 78 Pf.</p> <p>Gulasch ohne Knochen Pfund 65 Pf.</p> <p>Pa. Rinderherzen Pfund 42 Pf.</p> <p>Gehacktes Pfund 70 Pf.</p> | <p>Wurstwaren</p> <p>Delikatesssülzer Pfund 53 Pf.</p> <p>Rot- u. Leberwurst Pfund 60 Pf.</p> <p>Landleberwurst Pfund 1,10</p> <p>Fleischwurst Pfund 1,10</p> <p>Berl. Mettwurst Pfund 1,08</p> <p>Jagdwurst Pfund 1,35</p> <p>Mettwurst a. Br. Art. Pfund 1,40</p> <p>Schinkenwurst Pfund 1,70</p> <p>Zerelat- u. Salamiwurst holsteinsche Pfund 1,30</p> <p>Schinkenspeck Pfund 1,45</p> <p>Heringe grüne 5 Pfund 65 Pf.</p> <p>Seelachs s. l. e. Pfund 30 Pf.</p> <p>Rotbars a. Kopf Pfund 30 Pf.</p> | <p>Käse u. Butter</p> <p>Harzer Käse Pfund 48 Pf.</p> <p>□-Käse Pfund 32 Pf.</p> <p>Kümmelkäse Pfund 40 Pf.</p> <p>Briekäse Vollkorn Pfund 95 Pf.</p> <p>Tilsiter gute Qual. Pfund 78 Pf.</p> <p>Edamer Käse Pfund 1,00</p> <p>Teebutter 1/2 Pfund-Paket 1,02</p> <p>Dän. Taleibutt. 1/2 Pfund-Pak 1,08</p> <p>Makreleücklinge Pfund 32 Pf.</p> <p>Ahibecker F. und in Pfund 42 Pf.</p> | <p>Kolonialwaren</p> <p>Kartoffelmehl Pfund 18 Pf.</p> <p>Viktoria-Erbsen Pfund 19 Pf.</p> <p>Halbe Erbsen Pfund 28 Pf.</p> <p>Neue Linsen Pfund 35 Pf.</p> <p>Eiersüßmakkaroni Pfund 45 Pf.</p> <p>Bruchreis Pfund 18 Pf.</p> <p>Valencia-Rois Pfund 34 Pf.</p> <p>Bosn. Pflaumen Pfund 40 Pf.</p> <p>Kaliforn. Backobst Pfund 60 Pf.</p> <p>Corned beef Pfund 40 Pf.</p> <p>Gänse gefr. Pfund 85 Pf.</p> <p>Suppen-Mühner Pfund 1,45</p> <p>Hasen Pfund 80 Pf.</p> | <p>Obst und Gemüse</p> <p>Weißkohl Pfund 6 Pf.</p> <p>Möhren 2 Pfund 15 Pf.</p> <p>Sellerie 2 Pfund 35 Pf.</p> <p>Mandarinen Pfund 32 Pf.</p> <p>Mandarinen Koffer 1,10</p> <p>Kochäpfel Pfund 10 Pf.</p> <p>Essäpfel Belle Fleur Pfund 20 Pf.</p> <p>Apleistinen Dtd. von 35 Pf.</p> |
| <p>Resterkaffee Pfund 2,45</p> | <p>Gemüse- und Obstkonserven</p> <p>Stg.-Spargel sehr stark 3,45</p> <p>Stg.-Spargel stark 3,25</p> <p>Stg.-Spargel mittel 3,08</p> <p>Stg.-Spargel süß 2,83</p> <p>Stg.-Spargel süß 2,15</p> <p>Stg.-Spargel süß 2,15</p> <p>Brochspargel mittel 2,45</p> <p>Brochspargel dünn 1,85</p> <p>Brochspargel a. Köpfe 1,75</p> <p>Brochspargel Abweh. 1,40</p> <p>Jg. Erbsen fein, u. Kar. 1,35</p> <p>Gem. Gemüse sehr fein 1,08</p> <p>Jg. Schall- u. Bruch-Pohnen 75 Pf.</p> <p>Jg. Schall- u. Bruch-Pohnen 65 Pf.</p> <p>Tomatenmark 88 Pf.</p> <p>Tomatenpüree 72 Pf.</p> <p>Apfelmus 58 Pf.</p> | <p>Erbsen</p> <p>Erbsen 1,90</p> <p>Kirschen schw. mit St. 1,05</p> <p>Kaiserkirschen mit St. 1,15</p> <p>Kürbis 70 Pf.</p> <p>Mirabellen 1,05</p> <p>Pflaumen halbe Pfund 75 Pf.</p> <p>Preisselbeeren 83 Pf.</p> <p>Reineclauden 1,30</p> | <p>Besonders empfehlenswerte Tafelweine</p> <p>Die Flaschenpreise verstehen sich ohne Steuer u. Flasche</p> <p>1922er St. Martiner 75 700</p> <p>1922er Mesenicher 75 700</p> <p>1922er Gundersheimer 100 950</p> <p>1922er Bldshelmer Neuberg 100 950</p> <p>1922er Valwigsberg. Palmberg 75 700</p> <p>1922er Burrwell. Schlossberg Roter süßer Johannisbeerwein Heidelbergwein vorzüglichster Kräftigungswein 75 700</p> <p>„Cider“, süßer Apfelwein 1,25 12,00</p> <p>Hoter Tarragona, süß. 1,60 15,00</p> <p>Alter Malaga, dunkel. 1,85 17, 0</p> <p>Orig. Insel Samos, Musk.-Auslese 1,85 17, 0</p> | |
| <p>Zur Bowle: zusammen 10 Pf. Bayerfelder S. d. d. b. b. 10 Pf. 2 Pf. Martie-Silber od. Cabinet-Fruchtessenz u. w. 10 Pf.</p> | <p>Weine von Fass in guten Qualitäten Ge. Lese mit Flaschen bitten wir mitzubringen</p> <p>Rheinpfälzer Weißwein Malaga-goldgelb guter Bowle- und 1,5 hervortragender 30 Tafelwein Liter 7,5 Pf. Qualität Liter 2</p> | | | |

Die Umorganisation der Reichswerke.

Liquidation der Deutschen Werke A.-G. — Keine Privatisierung.

Die vor etwa einem Jahre vom Aufsichtsrat der Deutschen Werke beschlossene Umorganisation der bisher in diesem Konzern zusammengefaßten Reichswerke ist nunmehr vollzogen. Es handelt sich dabei nicht, wie anfangs befürchtet werden mußte, um eine Privatisierung; denn die Bestitzer dieser Gesellschaft sind in gemeinwirtschaftliche Unternehmungen umgewandelt worden, zum Teil unter Mitwirkung Bagerns. Im Anschluß an die Aufsichtsratsitzung vom 19. dieses Monats, in der die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und die Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das letzte Geschäftsjahr genehmigt wurden, werden von der Verwaltung der Deutschen Werke folgende Mitteilungen gemacht:

Der in den Statuten der Deutsche Werke A.-G. vorgesehene Produktionszweck ist durch die Umorganisation hinfällig geworden. Die Gesellschaft hätte als solche lediglich die Verwaltung der restlichen Immobilien und die Verwaltung der Beteiligungen durchzuführen, würde also in der Hauptsache, da die Bewertung etwas Vorübergehendes ist, eine Holding-Gesellschaft darstellen. Der weitaus größte Teil der Aktien der Deutsche Werke A.-G. befindet sich aber im Besitz der Vereinigten Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft, die als Holding-Gesellschaft die gleichen, ihrem Umfange nach jedoch bedeutend größeren Aufgaben erfüllt. Es ist wirtschaftlich nicht zu verantworten, zwei Holding-Gesellschaften hintereinander zu schalten. Deshalb hat der Aufsichtsrat beschlossen, der Generalversammlung die Annahme eines Angebots der Biag auf Uebernahme des Gesamtvermögens und im Anschluß daran die Liquidation der Gesellschaft zu empfehlen. Die Biag erklärt sich nach diesem Angebot bereit, das der Deutsche Werke A.-G. gehörige Gesamtvermögen mit allen Rechten und Verbindlichkeiten zu übernehmen und der Deutsche Werke A.-G. nach Ablauf des Sperrjahres diejenige Mittel und zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, um die ausstehenden Aktien der Gesellschaft zu pari einzulösen. Die Verwaltung hält bei der heutigen Wirtschaftslage in Deutschland das Angebot der Biag als im Interesse der Aktionäre (a. L. des Reiches) liegend, da sich heute kaum ein anderer Käufer finden dürfte, der bereit wäre, ein ähnlich günstiges Angebot zu machen. Bei Ablehnung des Angebots würde die allmähliche Liquidation eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen. Es ist nicht zu übersehen, welche Unkosten, Zinsen, Steuern, Unterhaltungskosten der Betriebe usw. entstehen würden, und welcher Nettoerlös für die Immobilien verbleiben würde.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Reserven müssen als Gegenwert bei der Unübersichtlichkeit der Entwicklung der Nachfolgegesellschaften, deren Aktien zu pari in die Bilanz der DW. eingelegt sind, angesehen werden. Die für die Gesamtheit der Deutsche Werke A.-G. benötigten und ausgewiesenen Reserven müßten naturgemäß dem Erwerber zuzurechnen, der die Unternehmungen in ihrer Gesamtheit zum Zwecke des Weiterbetriebes, wenn auch in anderer Organisationsform, zusammenfaßt. Der Kurs von 100 Proz. für die DW-Aktie nach Ablauf der Sperrzeit entspricht unter Berücksichtigung der Zinsen dem derzeitigen Börsenkurs, der im Bereiche mit den übrigen ähnlichen Unternehmungen als günstig zu bezeichnen ist, da es nur wenige Unternehmungen des Maschinenbaues gibt, deren Aktionäre beim Verkauf des Aktienbesitzes mit einem solchen Kurs rechnen können, wie dies bei Annahme des Angebots der Biag der Fall wäre.

Im Bericht des Vorstandes wird zu der erfolgten Neuorganisation folgendes ausgeführt:

Der Vorstand hat in den Berichten über die letzten Geschäftsjahre wiederholt auf das dauernde Mißverhältnis der der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Betriebsmittel zu ihrem Produktionsapparat hingewiesen und daraus als wichtigste Aufgabe des Unternehmens eine mit A.E. Energie durchzuführende Konzentration der Betriebe gefolgert. Ein Abbau war bei dem Umfang der dem Unternehmen mitgegebenen Anlagen nur allmählich möglich, zumal das Bestreben vorherrschte, den in den Betrieben tätigen Arbeitern und Angestellten die Beschäftigung möglichst zu erhalten. Für die Weiterführung der nicht stillgelegten Werke waren, wie wiederholt in den Geschäftsberichten erwähnt, noch erhebliche Mittel notwendig.

Die Bemühungen, die von uns für erforderlich gehaltenen Mittel zu beschaffen, sind bekanntlich fehlgeschlagen. Der Aufsichtsrat kam daher in seiner Sitzung vom 27. Februar 1925 zu dem Ergebnis, daß der Gedanke, die Deutsche Werke A.-G. als einheitliche Zusammenfassung der ehemaligen Heeres- und Marinebetriebe zur Rente zu bringen, aufgegeben werden muß. Er suchte eine wirtschaftliche Ausnutzung der Produktionsstätten in der Umwandlung der einzelnen Werke in selbstständige Unternehmungen. Gegebenenfalls sollten die Länder und andere Kreise zur Mitarbeit herangezogen werden.

In Durchführung dieses Beschlusses hat die Generalversammlung vom 22. Mai 1925 beschlossen, für die weiter zu betreibenden Wertbetriebe der Deutschen Werke besondere Gesellschaften zu gründen. Die den einzelnen Werken übergebenen Anlagewerte, Vorräte, Ruhestände usw. wurden an die Gesellschaften

auf Grund der Bilanzen des jeweiligen Uebernahmetages übertragen.

Neugründungen und Verkäufe.

Es wurden gegründet:

1. Für das Werk Ingolstadt die „Deutsche Spinnereimaschinenbau A.-G.“ in Ingolstadt mit einem Aktienkapital von 4 Millionen Mark 74 Prozent dieses Kapitals übernahmen die Deutschen Werke, die restlichen 26 Proz. der Bayerische Staat gegen eine Barzahlung von 1560 000 M.

2. Für das Werk Amberg die „Deutsche Präzisionswerkzeug A.-G.“ in Amberg mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark. Die Deutschen Werke übernahmen 50 Proz. des Aktienkapitals, die restlichen 50 Proz. nahm der Bayerische Staat gegen eine Zahlung von 650 000 M.

3. Für das Werk Siegburg die „Deutsche Stahl- und Walzwerke A.-G.“ in Siegburg mit einem Aktienkapital von 4 Millionen Mark. Dieses wurde von den Deutschen Werken voll übernommen.

4. Für das Werk Heselhorst die „Deutsche Kraftfahrzeugwerke A.-G.“ in Heselhorst bei Spandau mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Mark. Das gesamte Aktienkapital wurde von den Deutschen Werken übernommen. Die Grundstücke und Gebäude des Werkes Heselhorst verblieben im Eigentum der Deutschen Werke und wurden der neuen Gesellschaft, soweit diese sie als Fabrikationsgelände benötigt, verpachtet.

5. Für das Werk Spandau die „Deutsche Industrie-Werke A.-G.“ in Spandau mit einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark. Dieses Kapital wurde von den Deutschen Werken unter Zuzahlung von 4500 000 Mark in bar in voller Höhe übernommen. Die daren Mittel hierfür wurden durch Verkauf der Grundstücke und Gebäude Spandaus an das Reich für 8,5 Millionen Mark beschafft. Das Reich überläßt diese Anlagen an die neue Gesellschaft pachtweise.

Außerdem wurde beschlossen, die Werke Kiel und Friedrichsort an das Reich für den Betrag von 12 Millionen Mark zu verkaufen.

Das Werk München, dessen Stilllegung schon seit längerer Zeit in Aussicht genommen war, und dessen Fabrikation zum größten Teil auf das Werk Spandau übertragen wurde, ist an die Stadt München verkauft worden.

Die Schlußbilanz der Deutschen Werke A.-G.

Die Abschlußbilanz, die die Deutschen Werke A.-G. zum 30. September 1925 aufgestellt hat, ist demnach die letzte, die man von den Deutschen Werken zu sehen bekommt. In Zukunft werden die Geschäftsberichte und Bilanzen bei der „Biag“ erscheinen und die Geschäftsergebnisse der Reichswerke werden sich bei ihr als Gewinn oder Verlust aus dem Aktienbesitz niederschlagen.

Die Bilanz selbst ist eine ausgesprochene Umstellungs- und Liquidationsbilanz. Als Umstellungsbilanz steht sie der Vorjahresbilanz vom 30. September 1924 gegenüber, die über das neunmonatige Jahr seit der Goldbilanz (1. Januar 1924) berichtete. Die inzwischen erfolgte Dezentralisation kommt deutlich zum Ausdruck. Aus den 38,58 Mill. Grundeigentum und Gebäude sind 12,60 Mill. geworden. Dafür erscheinen 20,45 Mill. Beteiligungen neu in der Bilanz, die die zum nominalen Aktienwert eingeleiteten inzwischen selbstständigen (fast ganz in Reichs- und Länderbesitz gebliebenen) Werke in Spandau, Heselhorst, Siegburg, Ingolstadt und Amberg enthalten. Der Rest der Grundstücks- und Gebäudewerte (nur von stillgelegten Betrieben in Rassel, Rüstringen, Lippstadt, Dachau, Reichertschhofen) erscheint mit zusammen 12,60 Mill. unter den Aktiven. Diese 12,60 Mill. und die 20,45 Mill. Beteiligungen sind die Hauptwerte, die durch die Liquidation an die „Biag“ übergehen. Da mit der Dezentralisation und der kaufmännischen Selbstständigkeit der noch betriebenen Werke auch die Schulden und Verpflichtungen auf die neuen Gesellschaften übergingen, auf der anderen Seite aber die neugegründeten Gesellschaften noch Schuldner der Deutschen Werke geblieben sind, sind die Schulden und Forderungen gegenüber den vorigen Bilanzen stark verändert: Kasse, Wechsel und Guthaben jetzt 2,0 Mill. gegen 3,72 und 4,76 Mill., Forderungen 17,77 Mill. (darunter 13,8 Mill. an die neuen Gesellschaften) gegenüber 9,21 und 6,81 Mill., Warenbestände 276 000 M. (stark abgeschrieben!) gegen 6,65 und 9,12 Mill., Gläubiger 1,14 Mill. gegen 20,83 und 17,90 Mill. Neu in der Bilanz ist das Reichsdarlehen von 10 Millionen Mark, das zur Durchführung der Umstellung gegeben wurde und für das mit der Uebergang der Deutsche Werke A.-G. an die „Biag“ diese gegenüber dem Reich haftet.

Als Liquidationsbilanz zieht der Abschluß vom 30. September 1925 den Schlußstrich unter die Existenz der Deutsche

Werke A.-G. überhaupt. Die Deutsche Werke A.-G. hört auch als Holdinggesellschaft auf, zu existieren. Ihr Grundstücks- und Gebäudebesitz, wie auch alle Beteiligungen gehen an die „Biag“ über. Die „Biag“ macht dabei, sofern bei dem Händewechsel zwischen zwei Reichsgesellschaften davon die Rede sein kann, ein gutes Geschäft. Die 12,60 Mill. Grundstücke und Gebäude der stillliegenden Werke sind zweifellos stark unterwertig; die 20,45 Mill. Beteiligungen versprechen nach Ueberwindung der heutigen Krise viel höhere Uebererschüsse, als gewöhnlich auf ein solches Aktienkapital erwartet werden kann. Außerdem aber sind sämtliche Betriebswerte, die in den stillliegenden Werken liegen, mit je 1 M. der „Biag“ übergeben, also umsonst; und schließlich ebenso die wertvolle Beteiligung an der A.E.G.—Deutsche Werke, Erfurt, die im letzten Jahr 8 Proz. Dividende brachte. Auf die „Biag“ gehen ebenfalls ohne besondere Entschädigung die Referenzen für 5,8 Mill. über. Ob auch die Gewinne mit 469,405 M. an die „Biag“ weitergeleitet werden, läßt sich aus dem Geschäftsbericht nicht übersehen.

Konkurse in der Landwirtschaft früher und heute.

Auf dem Lande wird im Augenblick viel von zusammengebrochenen Betrieben gesprochen. Ihre Zahl sei bedeutend höher als in der Vorkriegszeit und beweise, wie furchtbar schlecht es doch um die Landwirtschaft bestellt ist. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“, 36. Jahrgang, wurden im Jahre 1913 429 Konkurse gezählt, die in der Land- und Forstwirtschaft in die Erscheinung getreten sind. Auf den Monat umgerechnet, ergibt das 35 Konkurse. Die letzten Ziffern für die Gegenwart sind in der Wirtschaftszeitung „Wirtschaft und Statistik“ enthalten. Nach dem Heft Nr. 23 sind im Monat November 1925 in der Land- und Forstwirtschaft nur 22 Konkurse, d. h. 13 Konkurse weniger als im Jahresdurchschnitt 1913 gezählt worden. Für den Monat Dezember ist das Bild aller Voraussicht nach nicht ungünstiger. Die Nr. 24 von „Wirtschaft und Statistik“ nennt 12 Konkurse für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1925.

Diese Feststellungen sind interessant. Sie beweisen, daß die Bemerkungen, die heute über die Konkurse in der Landwirtschaft gemacht werden, unberechtigt und gewaltig übertrieben sind. Hoffentlich sehen das jetzt auch die landwirtschaftlichen Unternehmer ein und unterlassen es, weiterhin mit deutlich widerlegten Argumenten andere Leute kopfschütteln zu machen.

Staatshilfe für Unfähigkeit? In dem kürzlichen Bericht über die Rombacher Hüttenwerke A.-G. hatten wir mitgeteilt, daß diese ihren Gesamtbesitz an Aktien der Howaldtwerte in Kiel als Verlust abgeschrieben haben. Der jetzt vorliegende Bericht der Howaldtwerte zeigt, wie begründet diese Maßnahme war. Der Verlust auf die fünf Tankschiffe der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft beträgt nicht weniger als 6,75 Millionen Mark bei einem Aktienkapital von 8 Millionen. Es ist im höchsten Maße lächerlich, wenn der Geschäftsbericht einen Streik und besonders die erfolgten Lohnerhöhungen für diesen Rieserverlust verantwortlich machen will, deren Kosten bei den zu Festpreisen abgeschlossenen Bauaufträgen nicht mehr hätten berücksichtigt werden können. Die Verwaltung widerlegt ihre Behauptung auch selbst. Die sonstige Beschäftigung hatte nämlich einen Gewinn von 378 130 M. gebracht. Das beweist, daß Streik und Lohnerhöhungen auf die Bauverluste überhaupt keinen Einfluß haben konnten und daß die Verluste ausschließlich auf Konto solcher Raffinationen und Dispositionen der Verwaltung gehen. Wie gewöhnlich bei Unternehmungen, die durch eigene Mißwirtschaft gefährdet werden, wird auch von den Howaldtwerten auf das nachdrücklichste Staatshilfe verlangt, um die „ohnehin große Arbeitslosigkeit in Kiel nicht verhängnisvoll“ werden zu lassen. Die Arbeiterzeitung hat demgegenüber selbstverständlich zu fordern, daß, wenn Staatshilfe in Frage kommt, der Staat so oder so die Werke selbst übernimmt, den Aktionären aber gibt, was sie durch die Mißwirtschaft der Verwaltung verdienen, nämlich nichts.

Bevorstehender Abschluß der deutschen Kommunalanleihe. Die Aufnahme der deutschen Kommunalanleihe im Ausland hat sich bekanntlich durch die Zwischenschaltung einer Beratungsstelle wesentlich verzögert. Es liegt jedoch jetzt die Genehmigung für eine Reihe von Anleihegeschäften deutscher Gemeinden vor, die sich insgesamt auf eine Summe von rund 10 Millionen Dollar belaufen. Weitere Schritte, die aller Wahrscheinlichkeit ebenfalls genehmigt werden, da sie den aufgestellten Richtlinien entsprechen, sind in letzter Zeit noch eingeleitet worden. Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ zuverlässig erzählt, können nunmehr für den oben erwähnten Betrag die Abschlüsse von Emissionsverträgen zwischen der Deutschen Girozentrale und dem New Yorker Bankhause Harris Forbes u. Co. binnen kurzem erwartet werden.

Die Telemal-Photowerk G. m. b. H., Berlin, bittet uns mitzuteilen, daß sie bereits seit Juli v. J. in keinerlei Zusammenhang mehr mit der Theodor Reichgraber A.-G. steht. Sie ist zwar aus deren photographischen Abteilung hervorgegangen, hat aber bei der Gründung weder Aktien noch Passiven übernommen. Zwischen den Geschäftsleitungen bestehen keinerlei Beziehungen und kein Geschäftsanteil der Telemal-Photowerk G. m. b. H. ist im Besitz der Theodor Reichgraber A.-G. Die Bergänge bei der Theodor Reichgraber A.-G. sind daher auf die Telemal-Photowerk G. m. b. H. ohne jeden Einfluß.

FÜR DIE KALTE JAHRESZEIT

SALAMANDER-SCHUHE
halten warm, sind schön, gut und preiswert. Sie erfreuen sich deshalb allgemeiner Beliebtheit. □□□
Reiches Lager in den Preislagen

12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰



SALAMANDER

Die Geschichte des Vagabunden Paul.

Von Jaroslav Hulla.

Jaroslav Hulla, tschechischer proletarischer Dichter, geboren im Mai 1884 im Alter von 26 Jahren. Zwei Bände, Erzählungen „Verfluchte Menschen“ und „Räuber“ sind sein Werk. — Die Entwürfen des Schicksals, der Bettler, der Hosenknäbe, die Dürre, der Tanzkünstler, der Boabum, die Opfer der Tuberkulose sind seine Stoffe.

Die Wiesen, welche von den kühlen Wäldern näher heran zu dem atmenden Dorfe stehen, erfreuten sich eines goldenen Vormittags mit himmelblauen Augen des Vagabunden Paul. Paul, Paul, dieser von Gott weiß weher gelaufene, Gott weiß wohin wandernde Name ließ hinter der Marie über dunkle Stiegen auf einen Boden hinauf, erschrak auch nicht vor dem Gestank eines summen Stalles, und stürzte sich ihr während der Nächte kopfüber in ihre Träume, die wunderbar und geschmeibig waren wie Geide.

Am Morgen aber hatte die Marie stets glückliche Augen.

Der Paul war aber ein offenerherziger Vagabund, der nicht demütig um Brot und Milch bettelte, sondern schlichtweg sagte: „Bäuerin, habt ihr etwas zum Essen? Ich werd mir's abarbeiten!“ Dann sah er auf und verschwand im Walde.

So geschah's eines schönen, frühlichen Tages. Aber die Augen der Marie folgten ihm hinterdrein.

Und seitdem laufen sie beständig hinter ihm her.

Dem Paul, Paul, Paul.

Die Marie liebt den Paul.

Und der Paul die Marie.

Wenn sie beisammen sind, gibt es keine Bauerndörfer, Wiesen und Felder auf der festen Erde, sondern sie wollen zusammen irgendwo oben bei der heißen Sonne und den träumenden Sternen.

Und beinahe glauben sie, daß das Leben aus purer Liebe und aus dem Glück bestünde.

Daß es keinen Hunger gebe, der die Hände verwundet fragt, wohin sie die Arbeit gegeben haben, daß es keine wunden Hände gebe, die da klagen:

In Schwelen und Munden habe ich mich verwanbelt!

Nach in Brot!

Nach in Brot!

Nach in genug Brot!

Nach, Kamerad, in wenig Brot und in viel Schmerzen und Hunger!

Das Leben ist doch durch die Liebe und das Glück geworden! Ihr Wiesen, die ihr fünfzehn Stück Rindvieh, zwei Paar Pferde, einen Bauer, Gänse und eine Bäuerin ernähret, ihr traget auch die schönste Blume für die Marie. . . .

Und der Paul findet sie.

Und spricht: „Hier hast du, Marie!“

Seine Stimme klingt zufrieden und träumerisch, wie das Abendlied der Wälder beim Bache hinter dem Dorfe.

Paul blieb zur Arbeit auf dem Hofe, auf dem die Marie ihre Kräfte vertaufte. Der Vagabund saßte Wurzel.

Er entdeckte eine neue Sonne, die er nicht auf jedem Rain, jeder Sandstraße, jedem Holzschlage oder Heuschaber gesehen hätte.

Und sprach er „Marie“, so sang es wie ein Gebet.

Die Welt wurde kleiner, hatte aber mehr Wärme und Farben. Und borg auch ein glückliches Viehdien.

Das begann so: „Bis wir einmal — — —“

Und endete so:

— — — dann bauen wir uns ein kleines Häuschen!“

Aber zwischen dem Anfang und dem Ende dehnte sich ein unersichtlich langer Weg, auf dem sich zwei Paar Hände und zwei Paar Füße abraderten.

Wenn du schon bei Lebzeiten im Himmel weilen würdest, immer wird sich jemand finden, der dich ausdrücklich daran erinnert, daß du auf den Himmel erst nach dem Tode Zeit genug habest. Bei Lebzeiten schon im Himmel leben, das kostet viel Geld.

Und Paul war ein armer Knecht.

Der Gendarm aber hat ein gutes Gedächtnis und lange Arme. Er weiß, wenn vor Zeiten im Nachbarort ein Huhn und Brot abhanden gekommen ist. Er weiß auch, nach wem er fahnden soll.

Weshalb hast du deine Sonne so nahe entdeckt? Ja, ist denn das vernünftig von dir, fünf Kilometer weit sich von dem Orte zur Arbeit zu verdingen, wo einmal dein Wagen dein unumschränkter Gebieter und deine finsten Hände dein Brotgeber gewesen sind?

Die Gerechtigkeit, mein Büchchen, kümmert sich wenig um deine Liebe und dein frühliches Viehdien, das da endigt. . . . „Dann bauen wir uns ein kleines Häuschen!“ Es liegt ihr nichts daran, daß du Wurzel gefast hast.

Und noch weniger kümmert sie sich um die abgewandten Augen deiner Marie.

Die Gerechtigkeit ist ein Gendarm mit einer Fäuste und einem donnernden, selbstgefälligen: „Morde, Herrgott!“ Später ist sie ein Gerichtssaal mit mürrischen Menschen und Christus am Kreuze zwischen zwei Leuchtern, der allerdings nicht spricht: „Lasset die Kleinen zu mir kommen“, ebenso nicht: „Selig sind die Armen!“ Dann ist die Gerechtigkeit eine Reihe trockener Paragraphen und das Kriminal, wo du genug Zeit hast, die Erkenntnis zu bekommen, daß es das beste ist, wenn du von hier herauskommst, wieder ein Vagabund zu werden, denn es wird sich niemand finden, der dir Arbeit gibt.

Du bist ein Dieb!

(Dreizehnte Uebersetzung von S. Reimann.)

Bäume im Winterkleid.

Von P. Loeste.

Winterlicher Bauwald. Verschneiter Boden, von leiten Kräutern durchspießt; verblühter Kronen. Jede Verästelung durch eine Schneeflechte scharf übermalt. Wo sonst der Wanderer den Himmel nur in Streifen sah und die Sonne nur ihre zitternden Arme durch die Blattgewölbe sprengeln konnte, da trifft sein Blick durch die Wälder, Rehe und Hasen entlaubter Wipfel nun ungehemmt das winterliche Firmament, dem sich die unzählbaren Knospen wie lebendige Finger entgegenstrecken. Wie die dunklen oder hellen, grauen oder braunen oder weißen Stämme sich der kalten, lichtlosen Erde entziehen, um erst langsam, dann immer rascher sich zu verjüngen und zu verästeln, um zuletzt in zierlichen Zweigastabenden gegen den Himmel zu verstäuben, da drängt der Sinn des Ganzen sich auf: der Baumstamm als Bräute des Lebens zwischen der kalten dunklen Erde und der hellen heißen Sonne.

Aber jede Baumart behält dabei ihr eigenes Gepräge, ihre eigene Verzweigung. Diese verschiedenen Trachten der Bäume, an

Regierungsbildung.



Wissenschafter! Dieser Koch soll demokratischer Umtriebe verdächtig sein! — „Soll mensch glauben?“ — Ja, er soll sogar Republikaner sein! — „Aber dann ist der Mann doch ganz un—möglich!“

denen man die Art auch im Winter erkennt, sind kein bloßes Mannigfaltigkeitspiel der Natur. So haben z. B. die Bäume mit den größten Blättern im Verhältnis auch die wenigsten Blätter, daher eine weniger fein verteilte Bekleidung, weniger, aber dafür dickere Knospen. So z. B. Ahornarten, Eichen, Kastanien. Umgekehrt zeigen die Bäume mit kleinerem Laub, wie Linden, Pappeln, Weiden, besonders aber Birken, jene reiche, zierliche Verästelung des Zweigewebes, die den Blick durch ihre Kronen im Winter so reichvoll macht. Es fehlt auch sonst nicht an Kennzeichen. Jedes Kind kennt die Birke an der weißen, die Korbweide an der glatten Rinde. Aber glattrindig ist auch die Weißbuche; ihr Wuchs jedoch strebt nicht säulenartig aufwärts, sondern sparrig in die Breite. Die Krone der Linde hat denselben herzähnlichen Umriss, wie ihn ihr Blatt zeigt. Die Erle kennt man am Standort, der immer feucht ist, und daran, daß der schlank Stamm, aus einem strauchartigen Wurzel-ausschlag in die Höhe strebend, eine zierlich feinstilige Krone bildet, in der sich, wie schwarze Punkte, die vorjährigen Samenapfen bemerkbar machen. Die Platane verrät sich von weitem durch den hellen und dunkler gefleckten Stamm, bemerkt durch das Abwerfen von alten Rindenstücken, die die neue, hellere Rinde hervortreten läßt.

Ueberhaupt ist die Rinde der Bäume sehr mannigfaltig geformt. Die Birke zeigt mit ihrer ringsförmig abziehbaren, papierartigen Rinde einen Typus für sich. Die stärksten Gegenätze vertreten wohl Kiefer und Buche, die in unseren Wäldern stets anzutreffen sind. Bei der Kiefer besteht die Rinde aus kleineren bis größeren dünnen Platten, die dicht aufeinanderliegen, aber sich schon mit dem Fingernagel leicht ablösen lassen. Die Umrisse dieser Platten bilden Kurven, von denen sich keine wiederholt, eine verwirrende Mannigfaltigkeit krummer Linien ist hier zu finden, die wohl auch Kunstgewerbler und Zeichner anziehen könnte. Wie die Kiefer in die Dicke wächst, sprengt sie die alten Platten ab. Jeder Baum ist am Grunde mit solchen Rindenstücken umlagert, und eine Unmenge Kleinlebewesen des Waldes hausen in diesem Abfall. Anders die Buche. Bei ihr liegt die Zone des Dickenwachstums so dicht unter der Lünen Rinde, daß diese mitzuwachsen und die eingeschnittenen Hergen und ähnlichen verlebten Baumstümpfe Jahrzehnte hindurch aufzubewahren imstande ist.

Auch an den Knospen vermögen wir die Waldbäume zu erkennen. Da sind die langen, schlanken, spigen, braunen Knospen der Korbweide, die kurzen, an den Zweigspitzen zu mehreren gehäuft der Eiche, die dicken, schwarzen der Linde usw. Dies sind nur Andeutungen — die Mannigfaltigkeit der Natur ist gar zu groß. Wir sehen diese Verschiedenheiten, aber deuten können wir sie, wie alles Lebendige, nur zu einem verschwindenden Teile. Wir haben z. B. keine Erklärung für die weiße Rinde der Birke, die geradezu zweckmäßig erscheint. Schon durch ihre bloße Erscheinung spottet die Birke jeder Erklärung. Denn dieser Baum ist, seiner zierlichen Tracht zum Trotz, der härteste von allen, geht am weitesten nach Norden. Und statt einer wärmespeichernden dunklen Rinde trägt er ein weißes Gewand, das Licht und Wärme von sich stößt!

Aber der Wanderer will von Problemen heute nichts wissen, will nur die Schönheiten des Winterwaldes in sich aufnehmen, der auf Schritt und Tritt sein Bild ändert. Er folgt den Spuren des Wildes im Schnee und sieht den Krähnen und Eichelhähern nach, die keine gute Zeit jetzt haben. Und trotz aller Pracht des Winterwaldes erklingt in seinem Herzen ein Unterton der Sehnsucht, der immer stärker wird, die Sehnsucht nach dem Frühling!

Wie der Eisbär auf die Jagd geht.

Frithjof Ransen, der berühmte Polarforscher, erzählt uns in einem Lesebuch bei J. A. Brodhaus in Leipzig anschaulich, mit seiner anschaulichen Sachlichkeit und liebenswürdigen Plauderkunst geschriebenen Buch von seinen ersten Erlebnissen im Eismeer unter dem Titel „Unter Robben und Eisbären“. Diese Schilderung der arktischen Natur- und Tierwelt, die zum großen Teil aus den Tagebüchern des damals erst Einundzwanzigjährigen stammt, enthält viele feine Beobachtungen und bringt uns besonders unseren alten Freund aus dem Zoologischen Garten, den Eisbären, in seinem Leben in der Freiheit nahe.

Der Eisbär ist durchaus nicht der plumpe und schlammige Gesell, als der er uns in der Gefangenschaft erscheint. Im Kampf

ums Dasein entwickelt er große Schläuheit und Geschicklichkeit. Das zeigt sich besonders, wenn er auf die Jagd geht. Seine Nahrung besteht hauptsächlich aus Robben; am liebsten frißt er junge Tiere. Da er kein besonders scharfes Gesicht und auch kein gutes Gehör zu haben scheint, so ist er hauptsächlich auf seinen vorzüglich entwickelten Geruchssinn angewiesen. „Ständig streift er auf der Jagd nach Robben umher, meist gegen den Wind kreuzend,“ schreibt Ransen, „und kann die Robbe aus unglaublicher Entfernung mittlern. Beim Anschließlichen an seine Beute zeigt er erstaunliche Schläuheit. Trotzdem er schwimmt und taucht, kann er selbstverständlich die rasche Robbe im Wasser nicht einholen; am besten erbeutet er sie auf dem Eis. Aber das ist keine so leichte Sache; denn die Robbe ist vorsichtig, sie hebt in kurzen Zwischenräumen den Kopf, um Umschau zu halten, und sie sieht gut und liegt stets dicht beim Wasser, bereit, sich beim ersten Schimmer einer Gefahr hineinzu- stürzen. Der Bär merkt sich schon von weitem genau, wie die Robbe liegt, und kriecht dann im Schutze von Eishügeln und Eishäusen vorwärts. Es heißt, er könne, um ja kein Geräusch zu machen, die Lagen so verdrehen, daß die haarige Seite nach unten kommt, und er sich ganz lautlos vorwärts schleichen kann. Gibt es keine Unebenheiten mehr, um beim Näherkommen Deckung zu nehmen, so schiebt sich der Bär auf dem Bauche über das flache Eis bis zur Robbe vor, näher und immer näher. Seine weiße Farbe ist da eine gute Hilfe; die Robbe wird nicht so leicht auf ihn aufmerksam, wenn sie nicht gerade in dieser Richtung schaut. Hebt die Robbe den Kopf, so bleibt der Bär still liegen; legt die Robbe den Kopf wieder hin, dann schiebt er sich wiederum weiter. Das einzige Dunkle an ihm sind Schnauze und Augen, und es wird behauptet, daß der Bär, um die Schnauze zu verdecken, eine Lage wie einen Schirm darüberlegt, wenn er sich vorwärts schiebt; ich selbst habe das jedoch nicht gesehen. Daß er eine unglaubliche Geduld haben kann, wenn es gilt, sich an das Opfer heranzuschleichen, habe ich dagegen häufig erfahren. Ist er endlich nahe genug gekommen, so wirft er sich blitzschnell mit einigen langen lagenartigen Sähen auf die Robbe. Ist die Eishölle flach, so daß es keine Deckung gibt, hinter der er sich anschleichen kann, dann kommt es auch vor, daß der Bär unter die Scholle taucht und plötzlich in der Öffnung, an der die Robbe liegt, hochkommt. Manchmal legt sich der Bär auch flach an den Rand des Eises und lauert auf Robben und kleine Wale, die im Wasser schwimmen. Kommen diese nahe genug heran, so springt er plötzlich auf sie herunter, schlägt die Lagen in sie und verucht sie aufs Eis zu ziehen. Die Robben halten auf dem festen Eis stets Lächer offen, in denen sie zum Aufschwimmen herauskommen. Bei diesen Löchern liegt der Bär oft stundenlang mit bereitgehaltenen Lagen, um sofort zuzuschlagen, sobald ein Kopf auftaucht. Die Jungrobben und die kleineren Robben kann der Bär mit einigen Schlägen seiner Lagen rasch abtun, oder er macht ihnen den Garau, indem er sie in den Nacken beißt. Aber die größeren Robben können einen harten Kampf kosten.“

Was man mit Patenten verdienen kann. Manch einer hat schon eine gute Erfindung gemacht, aber das Glück hat ihm nicht den Verstand oder die materielle Möglichkeit gegeben, diese Erfindung auch nutzbringend anzulegen und mit seinem Punde zu wuchern. Eines Tages verkauft er sein Patent für ein Butterbrot, und der andere, der geschickter ist, als er, wird damit zum Millionär. Eine der Erfindungen, die ihrem Vater Riesensummen eingebracht haben, ist das russische Gasglühlicht. Fünf Jahre lang gelang es ihm nicht, durchzubringen. Dann aber machte es seinen Erfinder zum vielsachen Millionär, und durch die überall gegründeten Gesellschaften wurden noch viele andere zu Millionären. Ähnlich ist es mit der Erfindung des Pneumatiks für Fahrräder. Der Erfinder erhielt bei der Gründung der Fabrik bare 300 000 Mark und eine große Reihe von Anteilen, deren Dividenden ihn bald zum vielsachen Millionär machten. Mit fünf Millionen Mark war die Gesellschaft gegründet worden, wenige Jahre später wurde die Fabrik mit 60 Millionen Mark weiter verkauft. Zu den reichgemordenen Erfindern gehört auch William Siemens, der aus einer an sich geringfügigen Veränderung des Verfahrens zur Herstellung von Stahl ein kolossales Vermögen erwarb. Sehr groß sind die Gewinne aus Erfindungen, die von Heeresverwaltungen für militärische Zwecke angekauft wurden. So wurde einmal für eine einzige Erfindung der Betrag von 400 000 Mark gezahlt.

Billiger

Gute Qualitäten

Große Auswahl

Herrenhemden

mit Doppelbrust
normalfarb., 3 Größen

175

Waschkleider

neue Macharten,
mit Garnierung

390

Freitag und Sonnabend

bel

JANDORF

Umschlag-Schuhe 2⁴⁵
für Damen, kamelhaarartiger Stoff,
mit Filz- und Ledersoble

Kohlenplatten

poliert

295

Tasse

mit Untertasse
hübsche Dekore

38

Crépe-Marocain 95
aparte neuzeitliche Druckmuster
Meter

Butterdosen 35
schönes Formmuster

Damenstrümpfe 75
farbig und schwarz, feines
Gewebe, gut verstärkt

Toilette-Seife 95
„Silberlinde“, 5 Stück
im Karton

Hauschuhe 2³⁵
für Damen, mit Ledersoble

Herren-Hüte 3⁹⁰
neue Formen, in vielen Farben

Scheibengardinen 35
schöne Muster . . . Meter

Speiseteller 75
Porzellan, tief oder flach,
mit Goldrand und Linie

Popeline 1²⁵
gestreift, mit kunstseidenem
Durchzug . . . Meter

Kasak 2⁹⁰
aus kunstseidenem Trikot,
neue Fassons, schöne Farben

Oberhemden 4⁹⁰
weiß, mit Pikee-Faltenbrust,
Umschlagmansch, ungewalchen

Handschuhe 65
für Damen, farbig, Leder-
imit., mit Aufnäht

Velontine 78
vorzögl. Qualität,
ca. 75 cm breit, in vielen
entzückenden Mustern, Meter

Schlupfhosen 1⁴⁵
für Damen, farbig, mit
warmem Futter

Brot Dosen 2⁶⁵
fein laddert, hübsche Dekore

Nachthemden 4⁹⁰
für Herren, aus gutem Hemden-
tuch, mit farbigem Besatz

Schweiß-Socken 68
für Herren, weiche woll-
haltige Qualität

Kissenbezüge 95
aus schwarzem Ripps, mit
modernen Vorzeichnungen

Halbstores 1⁷⁵
Etapine, mit Einsatz und
Tüllvolant

Waschtisch 3⁷⁵
vieredig, laddert

Morgenröcke 4⁹⁰
aus gutem Flauschstoff, weicher
Schritt, schöne Farben

Belle-Alliance-Str. ♦ Gr. Frankfurter Str. ♦ Brunnenstr. ♦ Kottbusser Damm ♦ Wilmersdorfer Str.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
8 Uhr:
Judith
Morgens 8 Uhr:
Der Kaufmann
von Venedig

Lessing-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Maiermax
Musik v. H. Ulrich

Staats-Theater
Opernhaus
12 Uhr: Sinfonie-
Konzert
6 Uhr: Sinfonie-
Konzert

Kleines Th.
8 Uhr:
**Die Rutsche der
heiligen Liebe**
Boulevard
Regie: Goldberg

Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Puccini
Barbier v. Sevilla
8 Uhr: im weißen Röck
Schiller-Theater
8 Uhr: Jugend

Residenz-Th.
8 Uhr:
Die Durchgängerin
Erika v. Tellmann
Kurt Vespermann
Preise v. 1-10 M.

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Tannhäuser
Abonn-Turnus I

Thalia-Th.
8 Uhr:
Lene, Lotte, Liese
Ludwig Böhm
Molly Wessely
Josefine Dora
Sabo, Bassett
Preise v. 1-9 M.

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
**Das Käthchen
von Heilbronn**

Theater in der
Kommandantenstr.
Tägl. 8 Uhr:
Annemarie
Preise von 1-8 M.

Kammerspiele
8 1/2 Uhr:
3 Nächte

Theat. d. Westens
Tägl. 8 Uhr:
Das Spiel
u. die Liebe
Operette von Gilbert
Friedenspreise
M. 0,50 bis 10,-

Die Komödie
Kurfürstendamm 206/7
8 Uhr:
Gesellschaft

Deutsches
Kunst-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Kronprinzessin Luise
Th. u. Karfreitagsdrama
Tägl. 8 Uhr:
**Die Nacht
der Hölle**

Barowky-Bühnen
Preisermäßigung!
Königsplatz-Str.
8 Uhr:
**Einem Jux will
er sich machen**

Th. u. Schiffbauerdamm
Tägl. 8 Uhr:
Der tolle Weiberg
Lustspielhaus
Tägl. 8 Uhr:
Der blaue Vogel
Walther-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Holperlinge

SO. VA.
8 Uhr:
**Internat.
Varieté**
Sonnab. 3.30
zu ermäßigten
Preisen.

Großes
Schauspielhaus
**Die
Dich**
CHARELL-REVUE
TÄGLICH 8 1/2

**Komische
Oper**
Dir.: James Hietz
**Größte Revue
der Welt**
Von **A bis Z**
Parkett 6.- M.
Preise 1.- bis 12.- M.
(Logen 15.- M.)
Vorverkauf ununterbr. eröffnet

**APOLLO
THEATER**
Friedrichstr. 218
Untergr. Kochstr.
Uraufführung
Seemannslos
mit
Len Chassey
und das große
Varietéprogramm
Beginn 6 und 9 Uhr

Neues Th. am Zoo
Abend 8 Uhr:
Guide
**Thielscher
in
Stöpsel**
Kleinpreis: Parkett 2.- M.
Park. 3.- 4.- M. Orchester-
Preise 5.- 6.- 7.- 8.- 9.- M.
Vorverkauf eröffnet

Elite-Sänger
8 Uhr: Kottbusser Str. 6
8 Uhr:
**Sie lachen
Tränen!**
Sonntag-Abend Preise herabgesetzt.
Sonntag-Nachm. ermäßigte Preise.

Berliner Th.
8 Uhr:
Messalmette

**Walhalla-
Theater**
Weinbergweg
8 1/2, Täglich 8 1/2,
**Das Mädchen
ohne Ehr**
Sensationsstück
mit Musik
Parkett nur 50 Pf.

Reichshallen - Theater
Steiniger Sänger
Zum 302. Male
Das Deutsche Meer
Lebende Lieder v. Meyzel
Nach: Walter Fester, Walter Fester
Dänhoff-Bresti
Kasselerstraße, Carl-Drum

Herrnfeld
im Ind. Th. 8 U.
Die neue Herrfeld
Familie Schmock
Milieu-Komödie
aus Berlin W I 3 Akt

Rose-Theater
9 1/2 Uhr: Wenn der
Flieder blüht
Metropol - Theater
Tägl. 8 Uhr
No no Nauette
die gr. Revueposse

Casino-Theater
Täglich 8 Uhr:
Nur bis 28. Januar
Der Meisterboxer
mit dem besten Programm!
ab Freitag, 29. Januar
Helene
Liebesabenteuer.

Th. u. Hollendorfl.
8 Uhr:
**Die offizielle
Frau**
Operette in 3 Akten
Preise 1 M. bis 10 M.
Sonnt. nachm. 3 1/2 U.
Die offizielle Frau

**WINTERS
GARTEN**
!!! Ein Varieté-Spielplan mit
!!! Hochleistungen !!!
u. MiJares Bros. unerreichte
Desmondas, der Gipfel der Komik
Rauchen gestattet

Admirals-
palast
Täglich 8 1/2 Uhr:
Nur bis Stg.
24. cr. inkl.
Volkstümliche
Woche
der
**Haller-
Revue**
von 1-8 M.

**Circus
Busch**
Tägl. 7 1/2. Neue
Mango-Sens.
Die Gorillabaut
Vorh.: Bretbart
u. d. gr. Progr.
Friedens-Preise
Stg. 30. bis Preise
Auf vielseitigen
Wunsch nochmals
**Der Graf von
Monte Christo**
u. d. volle Abgänger.

Neue Welt
A. Scholz in Hasenheide 108-114
Täglich:
Bockbierfest in den
bayer. Alpen
Ausstoß d. berühmten Bergschloß-Jubil.-Bock
8 Kapellen/Neue Dekorationen/80 bayer. Madi
Einkl. wochent. 6 Uhr Anf. wochent. 7 Uhr
Sonntags 3 Sonntags 4
Vorverkauf: Sonnabend, den 23. Januar
GR. ALPEN-BALL

GLORIA-PALAST
an der Gedächtniskirche
ERÖFFNUNG
am 26. Januar 1926 nachm. 7 1/2, 7 1/2, 9 1/2
mit dem Ufa-Film
TARTUFF
Ein Filmspiel nach Molière von Carl Mayer
REGIE: F. W. MURNAU
Bauten: Robert Lerllh-Walter Röhrig
Photographie: Karl Freund
Darsteller:
EMIL JANNINGS · LIL DAGOVER
WERNER KRAUSS
Lucie Köstlich · Andre Mattoni · Rosa Valetti
Kermann Picha
Vorher Uraufführung des Balletts: **Die Fische**
von Frank Wedekind
mit
LIL DAGOVER
Generalmusikdirektor Ignatz Waghalter

DIE GESUNKENEN
mit
ASTA NIELSEN
Der Simmel-Film der AAFA
läuft wegen des
RIESENERFOLGES
neben dem
MOZARTSAAL
ab heute täglich 7 und 9 Uhr
UT-KÖNIGSTADT
UT-ALEXANDERPLATZ

TELEFUNKEN
RUNDFUNK APPARATE UND RÖHREN VERBÜRGEN HÖCHSTLEISTUNG
Achten Sie auf den Telefunken-Stern!